

Berichte

2016

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

3/4

Deutsches Institut für Urbanistik

	Standpunkt		Veranstaltungen und Fortbildung
2	Gentrifizierung = Gentrifizierung = Gentrifizierung?	14	Veranstaltungsvorschau: Fortbildung
	Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen	16	Europäisches Beihilferecht in der kommunalen Praxis
4	KfW-Kommunalpanel 2016	17	Erfahrungsaustausch Beteiligungskultur
5	Erfahrungen aus dem Beteiligungsverfahren Rathausforum Berlin	18	Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung
6	Innovative Suchtprävention vor Ort: Preisträger des Bundeswettbewerbs	19	Belebung der Altstadtkerne durch Zuwanderung!?
8	Wasserinfrastrukturen: Unternehmensstrategien und Innovation	20	Ringen um Flüchtlings- und Integrationskosten
9	Rechtliche Rahmenbedingungen neuartiger Wasserinfrastrukturen	21	Kinderschutz wirkt! Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes
10	Herausforderungen von Klein- und Mittelstädten	22	Parkraummanagement: Vom Parkdruck zu mehr Lebensqualität?!
11	E-Books: ein neues Difu-Angebot	23	Stadtverkehr der Zukunft
	Neue Projekte	24	Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte
12	Wertschöpfungsrechner zur energetischen Gebäudesanierung	24	Wettbewerb Klimaaktive Kommune
12	City2Share: Vernetzte E-Mobilität in Wohnvierteln	25	Fokus Ostdeutschland: Klimaschutz als Herausforderung
13	Entwicklung eines neuen Stadtklimamodells		Weitere Rubriken
13	Kommunen innovativ: Konzepte zum demografischen Wandel	25	Difu-Intern: Neubeginn
		27	Neu im Difu-Inter- und -Extranet
		28	Difu aktiv
		29	Mediennachlese, Impressum
		31	Bestellschein

Gentrifizierung = Gentrifizierung = Gentrifizierung?

Anmerkungen zu deutlichen Positionen über unklare Verhältnisse



Dr. Thomas Franke



Wolf-Christian Strauss

Fotos: David Ausserhofer

Gentrifizierung: unterschiedliche Interpretationen verschiedener Phänomene

Über lange Zeit hinweg – stark generalisiert von den 1970er-Jahren bis weit in die 2000er-Jahre hinein – war die Diskussion um „Stadt“ in starkem Maße von der Frage geprägt, wie sich umfangreiche Suburbanisierungsprozesse und eine „Verödung“ von Innenstädten aufhalten oder gar umkehren ließen: Wie kann innerstädtisches Wohnen insbesondere für junge und/oder einkommensstärkere Haushalte/Familien (wieder) attraktiv werden, und wie können attraktive Wohnbedingungen als „weicher“ Standortfaktor angesichts zunehmender Städtekonkurrenz weiterentwickelt werden?

Mittlerweile hat sich die Ausgangssituation in einigen (Groß-) Städten stark verändert: Sie stehen seit einigen Jahren vor der Herausforderung, angesichts von Zuwanderung sowie steigenden Immobilien- und Mietpreisen eine auch für weniger einkommensstarke Bevölkerungsgruppen leistbare Wohnversorgung sicherzustellen. Der mehr oder weniger neue „Run“ auf bestimmte Städte führt hier zu teils umfangreichen Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt und damit auch in bestimmten Quartiersstrukturen:

- (flächendeckender) Anstieg von Mietpreisen im Quartier, Rückgang der Angebotsvielfalt mit Blick auf unterschiedliche Preissegmente, Verringerung des Angebots günstigen Wohnraums, Fortzug einkommensschwächerer Haushalte,
- Verdrängung von alteingesessenen (Dienstleistungs-) Unternehmen durch neue Nutzungen/Angebote im Bereich lokale Ökonomie: „Tante Emma“-Supermarkt versus Bioladen, Eckkneipe versus „Starbucks“ etc.,
- stärkere Ausrichtung der Infrastruktur an Rentabilitätskriterien bis hin zur Verlagerung oder gar Schließung von kulturellen und sozialen Einrichtungen,
- (Nutzungs-)Konflikte zwischen Alteingesessenen und Zuzüglern,
- Verunsicherung alteingesessener Bewohner und Unternehmer angesichts der Aufwertungssymptome und der Dynamisierung des Lebensraums: „Was wird hier

passieren?“, „Werde ich hier wohnen bleiben können?“, „Wird sich mein Laden halten können?“.

An dieser Stelle könnte mit nüchternem Blick bilanziert werden, welche Entwicklungen sich in welchen Quartieren quantitativ bellegen und qualitativ nachvollziehen lassen. Solche Bestandsaufnahmen greifen jedoch zu kurz, da hier Belange der sozialen Verteilungsgerechtigkeit tangiert sind, die aus unterschiedlicher Perspektive unterschiedlich vehement problematisiert werden: Am Gegenüber stadtentwicklungspolitisch gewünschter Entwicklungen und ihren „unerwünschten Nebenwirkungen“ im Sinne von Gentrifizierung setzen (lokale) Diskurse an. Auf der einen Seite stehen dabei Positionen, die eher Kommunalpolitik und -verwaltung zugeschrieben werden können: Aufwertung als bewusste Bestands- und Standortpolitik (Erhalt, Qualifizierung, Anpassung). Auf der anderen Seite beklagen Aufwertungskritiker unter dem Begriff Gentrifizierung die Verdrängung alteingesessener einkommensschwächerer Haushalte, Schließungseffekte quartiersbezogener Wohnungsmärkte (steigende Mieten etc.), Veränderungen des Quartierscharakters in Richtung einer hochpreisigen Szene. An dieser Stelle der Auseinandersetzung droht die Gefahr, nicht mehr über Sachverhalte zu diskutieren, sondern Aufwertung und Gentrifizierung stellvertretend für spezifische stadt- und gesellschaftspolitische Auffassungen einzusetzen: Viele kommunale Vertreter reduzieren Gentrifizierung pauschal auf einen „Kampfbegriff“ kritischer Gruppierungen, die wiederum von Planern hervorgehobene Aufwertungserfolge oftmals mit Strategien einer neoliberalen, unternehmerischen und damit unsolidarischen Stadt gleichsetzen.

Klarheit durch Wissenschaft?

Es stellt sich die Frage, wie mit Gentrifizierung umgegangen werden kann, ohne damit in diese „Vorurteilsfallen“ zu geraten – „Versachlichung“ bzw. „Objektivierung“ sind hier Stichworte, die in vielen Kommunen zu hören sind. Dabei richtet sich der Blick oftmals zunächst auf die aktuelle wissenschaftliche Gentrifizierungsforschung, von der man sich klare Antworten erhofft, ob, wann und in

welchem Maße Gentrifizierung vorliegt – oder eben auch nicht. Stark generalisierend lässt sich festhalten: „Traditionelle“ Beschreibungen von Gentrifizierungs-Ursachen und -verläufen (Beispiel: Gentrifizierer folgen kreativen Pionieren) treffen auf heutige Entwicklungen, die ebenfalls mit Gentrifizierung assoziiert werden, oft nicht mehr (ausreichend) zu (Super-Gentrifizierung, Blind-Investitionen in Immobilien als Kapitalanlage, Mietsteigerungen ohne Substanzveränderungen etc.). Gentrifizierung ist kein einheitlich definiertes Phänomen (mehr) und muss daher multiperspektivisch betrachtet werden: Ursachen, Erscheinungsformen, Betroffenheiten und Bewertungen. Als Minimalkonsens bleibt nachweisbare Verdrängung – „Motor“ sind die Wechselwirkungen aus steigender Wohnungsnachfrage durch vergleichsweise einkommensstärkere Bevölkerungsgruppen und überdurchschnittlich steigende Miet- und Kaufpreise. Gentrifizierung bezieht sich dabei stets auf die Entwicklung einzelner Quartiere, was zwar in manchen Kernstädten mehr oder weniger flächendeckend der Fall sein kann, jedoch nicht bedeutet, dass ein insgesamt angespannter innerstädtischer Wohnungsmarkt automatisch mit Gentrifizierung gleichgesetzt werden kann.

Vor diesem Hintergrund stellt sich jedoch die Frage, wie entsprechende Befunde mit wissenschaftlichen Methoden erstellt werden können. Die Praxis zeigt, dass dies mit den bisher zur Verfügung stehenden Erhebungsinstrumenten – vor allem mit Monitoringsystemen – eben nicht ausreichend abgebildet werden kann: Verdrängung ist bislang empirisch kaum bzw. nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand greifbar (qualitative Wanderungsmotivforschung). Durch Datenanalysen allein lassen sich lediglich Annäherungen an Befundlagen herstellen, die jedoch immer eine Ex-post-Perspektive aufweisen: Entwicklungen, auf die man eigentlich Einfluss nehmen wollte, sind längst passiert ...

Klarheit durch intensivere Kommunikation mit Vor-Ort-Akteuren!

Was bleibt also an dieser Stelle? Im Prinzip gibt es für Kommunen nur zwei Möglichkeiten: Entweder wird ein Tatbestand Gentrifizierung nicht „zugelassen“, weil die „Beweisführung“ unzureichend ist. Oder aber Kommunen setzen sich mit Entwicklungen, die als Gentrifizierung bezeichnet werden, proaktiv, präventiv, kommunikativ und kooperativ auch dann auseinander, wenn insbesondere quantitative Befundlagen nicht vorliegen. Dann würde es vor allem um eine Auseinandersetzung damit gehen, was vor Ort als Gentrifizierung thematisiert wird – oder anders: Der Auf- und Ausbau von Kom-

munikationsbeziehungen zur Quartiersebene muss intensiviert werden, beispielsweise durch die Einrichtung eines Quartiermanagements im weitesten Sinne („Seismograf“ vor Ort). Mindestens jedoch sollten geeignete Kommunikationsformate auf- und/oder ausgebaut werden, die einen Austausch von Politik, Verwaltungs- und Quartiersakteuren ermöglichen. Es geht darum, sowohl kommunale Positionen, Ziele und Handlungsmöglichkeiten – beispielsweise Wirkradien zur Verfügung stehender (Rechts-)Instrumente – als auch Wahrnehmungen, Vorstellungen und Erwartungen vor Ort zu vermitteln, gemeinsam zu erörtern und im Idealfall Koproduktionen der Quartiersentwicklung zu initiieren.

Handlungsmöglichkeiten nutzen und Rahmenbedingungen verbessern

Zurück in Rathäusern und Ämtern wird es auf Seiten von Politik und Verwaltung in erster Linie darum gehen, den Einsatz von (Rechts-)Instrumenten wie Soziale Erhaltungssatzung, Umwandlungs- und Zweckentfremdungsverbot zu prüfen und hier vor allem zu „schlagkräftigen“ Kombinationen zu kommen (Soziale Erhaltungssatzung in Verbindung mit Umwandlungsverbot und kommunalem Vorkaufsrecht etc.). Gleichzeitig müssen Strategien vor allem des sozialen/preiswerten Wohnungsneubaus im Hinblick auf zu erwartende Wirkungen auf das „Gentrifizierungs-Problem“ geprüft und weiterentwickelt werden.

Die kommunalen Handlungsmöglichkeiten sind natürlich auch beim Thema Gentrifizierung von übergeordneten Rahmenbedingungen abhängig. Hier muss konstatiert werden: Gentrifizierung kann bei Anwendung der derzeitigen Rechtsinstrumente zwar gebremst, jedoch nicht verhindert werden. Mit Blick auf die Ebenen von Bund und Ländern besteht daher also durchaus Handlungs- bzw. Modifikationsbedarf – neben einer „Instrumentenschärfung“ insbesondere auch mit Blick auf Förderprogramme, Mietrecht, Baurecht, Bodenrecht, Steuerrecht.

Insgesamt ist festzuhalten: Kommunen sollten die ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten tatsächlich ausschöpfen bzw. überprüfen, warum dies gegebenenfalls (noch) nicht der Fall ist. Dabei sollte davon ausgegangen werden, dass es sich beim Umgang mit Gentrifizierung um eine generelle, prozesshafte Auseinandersetzung unterschiedlicher Akteure mit ihren jeweiligen Interessen an unterschiedlichen Qualitäten von Stadt(teilen) handelt. Diskurse ersetzen keinesfalls Planung und Instrumenteneinsatz – sie sollten jedoch zentraler Teil des kommunalen Handelns mit Blick auf Gentrifizierung sein.

Quellen und Tipps zum Weiterlesen:

- Dangschat, Jens S. (1988): Gentrification: der Wandel innenstadtnaher Wohnviertel, in: Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): Soziologische Stadtforschung. Sonderheft 29 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, S. 272–292.
- Diller, Christian (2014): Zu Stand und Entwicklung der Gentrification-Forschung in Deutschland, in: ders. (Hrsg.): Gentrification in Berlin – Gesamtstädtische Betrachtungen – Fallstudien – Steuerungsmöglichkeiten, Aachen, S. 9–43.
- Holm, Andrej (2012): Gentrification, in: Eckardt, F. (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie, Wiesbaden.
- Lees, Loretta, Tom Slater und Elvin Wyly (Hrsg.)(2008): Gentrification, New York. London.
- Lees, Loretta, Tom Slater und Elvin Wyly (Hrsg.)(2010): The Gentrification Reader, New York, London.
- Kennedy, Maureen, und Paul Leonard (2001): Dealing with Neighbourhood Change: A Primer on Gentrification and Policy Choices. A Discussion Paper Prepared für The Brookings Institution Center on Urban and Metropolitan Policy, O.O. (www.brookings.edu/urban).
- Franke, Thomas, Ricarda Pätzold, Bettina Reimann, Wolf-Christian Strauss und Martin zur Nedden (2016): Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung, Berlin (Edition Difu; im Erscheinen).

Dr. Thomas Franke
Dipl.-Geograph
Telefon: 030/39001-107
E-Mail: franke@difu.de

Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
Telefon: 030/39001-296
E-Mail: strauss@difu.de

KfW-Kommunalpanel 2016

Steigender Investitionsbedarf und wachsende Disparitäten der Kommunen



Im Juni 2016 veröffentlichte das Difü zusammen mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau zum achten Mal in Folge das „KfW-Kommunalpanel“. Die groß angelegte Befragung von über 3.700 Städten, Gemeinden und Landkreisen offenbart, dass sich die Finanz- und Haushaltslage der deutschen Kommunen auch im Jahr 2015 ambivalent darstellte. Obwohl die Finanzierungsbedingungen der meisten Kommunen 2015 unverändert gut waren und im kommunalen Durchschnitt sogar ein Finanzierungsüberschuss erwirtschaftet werden konnte, blieb die Investitionstätigkeit deutlich hinter den Erwartungen zurück. So ist der wahrgenommene Investitionsrückstand im Vergleich zum Vorjahr leicht von 132 auf 136 Mrd. Euro gestiegen. Die größten Investitionsbedarfe bestehen dabei weiterhin bei der Straßen- und Verkehrsinfrastruktur (35 Mrd. Euro) sowie im Schul- und Bildungsbereich (34 Mrd. Euro).

Zugleich sind die Disparitäten zwischen den Kommunen hinsichtlich Haushaltsausgleich, Schuldenstand und Investitionstätigkeit weiter gewachsen. So schätzten mehr ostdeutsche (44 Prozent) als westdeutsche Gemeinden (25 Prozent), dass sie den Haushaltsausgleich 2015 nicht schaffen werden. Kommunen ohne Haushaltsausgleich investieren jedoch ein Drittel weniger als Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden mit ausgeglichenem Haushalt. Zudem fällt es diesen Kommunen deutlich schwerer, den Unterhalt der bestehenden Infrastruktur zu gewährleisten.

Auch mit Blick auf den Unterhalt der Infrastruktur zeigen sich wachsende Disparitäten. So konnten zwei von drei der finanzstarken Kommunen (65 Prozent) die laufende Unterhaltung ihrer Infrastruktur in den letzten fünf Jahren weitgehend gewährleisten. Bei den finanzschwachen Kommunen konnte dies ein ähnlich hoher Anteil (64 Prozent) im besten Fall nur teilweise.

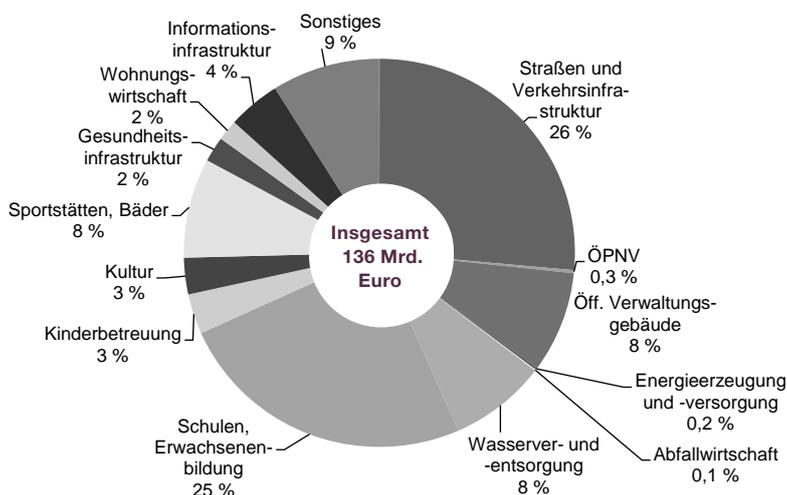
Für alle Aufgabenbereiche rechnen die Kommunen im Jahr 2016 mit Investitionsausgaben von insgesamt 26,7 Mrd. Euro und damit einer Zunahme der hierfür aufgewendeten Mittel um knapp neun Prozent. Die Steigerungen der Investitionsaktivitäten, die die Kommunen für 2016 im Bereich Straßen und Verkehrsinfrastruktur geplant haben, reichen jedoch nach ihrer Selbsteinschätzung in absehbarer Zeit nicht aus, um den kontinuierlichen Substanzverlust aufzuhalten. Insbesondere in Ostdeutschland erwartet mehr als die Hälfte der Kommunen (53 Prozent), dass der Rückstand wieder zunehmen wird. Auch im Schul- und Bildungsbereich wächst der Investitionsdruck der Kommunen. Zu den zentralen Herausforderungen zählen hier die Inklusion von Kindern mit Behinderung und die Integration von Zuwanderern. Die große Mehrzahl (80 Prozent) der befragten Kommunen messen diesen Maßnahmen in den nächsten Jahren große oder sehr große finanzielle Bedeutung bei. Dass kommunale Investitionen oft trotzdem nicht oder nur mit Verzögerungen getätigt werden, liegt auch an der zum Teil nach wie vor nicht geklärten Kostenteilung zwischen Ländern und Gemeinden. Zusätzliche Investitionsbedarfe können zum Teil auch aufgrund personeller Engpässe nicht zufriedenstellend gedeckt werden, weil die Verwaltungskapazitäten für Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben nicht ausreichen.

Die haushaltspolitischen Herausforderungen der Kommunen bewegen sich deshalb weiterhin in einem „magischen Dreieck“ zwischen Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung einerseits und steigenden konsumtiven Ausgaben sowie einem notwendigen Ausbau der Investitionstätigkeit andererseits.

Veröffentlichung online:
<https://difu.de/10684>

Weitere Informationen:
Dr. Henrik Scheller
Telefon: 030/39001-295
E-Mail: scheller@difu.de

Investitionsrückstand Kommunen 2015



Deutsches Institut für Urbanistik

Erfahrungen aus dem Beteiligungsverfahren Rathausforum Berlin

Die Beteiligung von Bürgern an Stadtentwicklungsprozessen ist ein Thema, mit dem sich viele Kommunen in Deutschland intensiv auseinandersetzen. Und trotz des über die Jahre angewachsenen reichhaltigen Erfahrungsschatzes mit Partizipationsprozessen befinden sie sich nach wie vor in einer Phase des Suchens und Ausprobierens. Die unterschiedlichen Wege und Methoden zu diskutieren und um Antworten zu ringen, wird damit auch in den kommenden Jahren eine wesentliche Aufgabe sein. Die Bedeutung von Partizipationsverfahren nimmt allein deshalb zu, weil immer weniger Bürger in Parteien, Institutionen, Organisationen oder Berufsverbänden organisiert sind, viele sich von klassischen Strukturen also nicht mehr vertreten fühlen. Wichtig ist es, Wege zu finden, durch Beteiligungsprozesse die vielen Interessen, Anliegen und Vorschläge aufzunehmen und in Abwägungen einfließen zu lassen, ohne dabei die Handlungsfähigkeit von Politik und Verwaltung einzuschränken.

Der Dialogprozess zum Rathausforum Berlin ist mit Blick auf die Besonderheit der Fläche und Konfliktlage, aber auch bezüglich der zugrunde gelegten Prinzipien, Strukturen und Formate ein interessantes „Reallabor“. Daher hat das Difu den Dialogprozess im Jahr 2015 mit dem Ziel begleitet, Erkenntnisse und Denkanstöße für andere Verfahren zu gewinnen und diese in einer knappen Publikation zum Beteiligungsverfahren veröffentlicht. Ausdrücklich ging es weder um inhaltliche Bewertungen dieses konkreten Verfahrens noch um eine wertende Beurteilung im Sinne einer Evaluation – zumal der Prozess gerade den ersten Meilenstein erreicht hat und eine abschließende Einschätzung derzeit gar nicht möglich wäre. Auch sind die Erwartungen und Einschätzungen von Wissenschaft, Verwaltung, Politik, Presse, organisierten Interessenvertretungen und Bürgerschaft aufgrund ihrer Eigenlogiken nicht einheitlich. Insofern gibt es auch in der „Draufsicht“ unterschiedliche Schlussfolgerungen zum Beteiligungsverfahren. Damit können auf Basis der dieser Veröffentlichung zugrundeliegenden Recherchen und Überlegungen keine abschließenden Antworten auf die vielen Fragen und Herausforderungen von Partizipation geliefert werden. Die vorliegende Publikation ist vielmehr als eine Diskussionsgrundlage zu verstehen.

Die ambitionierte Stadtdebatte zum Rathausforum 2015 kann und soll nicht zum Maßstab für andere Verfahren in Berlin werden, zumal es in dem Prozess um eine „Vorstufe“ der Planung und nicht um die Verhandlung der konkreten Umsetzung ging. Aus dem bisherigen Verfahren können die positiven Erfahrungen mit der großen Transparenz, der Unterstützung des Prozesses durch die Politik oder das System der Dialogbotschafter – insbesondere bei konflikträchtigen Fragestellungen – mitgenommen werden. Allerdings kann Bürgerbeteiligung nur in seltenen Fällen Konflikte lösen und es wird in allen Prozessen „Verlierer und Enttäuschte“ geben.

Eine höhere Akzeptanz von Entscheidungen lässt sich langfristig vermutlich nur dann erreichen, wenn eine verlässliche Beteiligungs- und Diskurskultur etabliert wird. Vertrauen kann nur aufgebaut werden, wenn bestimmte Qualitätsstandards immer eingehalten werden und Spielregeln prozessübergreifend gelten. Die individuelle Gestaltung von Verfahren ist nicht nur extrem aufwändig, sondern auch in hohem Maße dem Vorwurf der Manipulierbarkeit ausgesetzt. Zielführend ist es also, eine kommunale – zumindest eine ressortweite – Beteiligungsstrategie zu entwickeln und alle Verfahren in diese einzubetten.



Veröffentlichung online:

<https://difu.de/10752>

Weiterführende Informationen zum Verfahren auf der Website:

„Alte Mitte – neue Liebe. Stadtdebatte Berliner Mitte 2015“

<http://stadtdebatte.berlin.de/>

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Luise Adrian

Telefon: 030/39001-193

E-Mail: adrian@difu.de

Dipl.-Ing. Ricarda Pätzold

Telefon: 030/39001-190

E-Mail: paetzold@difu.de





Innovative Suchtprävention vor Ort

Preisträger des Bundeswettbewerbs ausgezeichnet

Bereits zum siebten Mal hat die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) gemeinsam mit der Drogenbeauftragten der Bundesregierung und mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände sowie des GKV-Spitzenverbandes den bundesweiten Wettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ ausgeschrieben. Das Thema des 7. Wettbewerbs lautete „Innovative Suchtprävention vor Ort“. Betreut wurde der Wettbewerb vom Difu.

Ziel des Wettbewerbs war es, innovative Maßnahmen und Projekte zur kommunalen Suchtprävention intensiver kennenzulernen und sie bundesweit bekannt zu machen. Darüber hinaus sollten diejenigen Städte, Gemeinden und Landkreise ausgezeichnet werden, die Modellhaftes entwickelt haben, das in seinen Erfolgen übertragbar ist, und die mit ihren neuen Ideen für suchtpräventive Aktivitäten ein gutes Beispiel für andere Kommunen geben.

Für die prämierten Wettbewerbsbeiträge stellte die BZgA ein Preisgeld in Höhe von insgesamt 60.000 Euro zur Verfügung. Zusätzlich wurde vom GKV-Spitzenverband ein Sonderpreis in Höhe von 10.000 Euro zum Thema „Mitwirkung von Krankenkassen bei innovativen kommunalen Aktivitäten zur Suchtprävention“ ausgelobt.

Bis zum Ende der Ausschreibungsfrist am 15. Januar 2016 gingen im Wettbewerbsbüro des Difu 68 Beiträge ein. Mitgemacht haben Städte, Gemeinden und Kreise aus dem gesamten Bundesgebiet. Hierbei stellten Landkreise die stärkste Teilnehmergruppe. Eine von der Drogenbeauftragten der Bundesregierung gemeinsam mit der BZgA berufene

Jury hat die Wettbewerbsbeiträge bewertet und die Preisträger ausgewählt.

Preisträger

Elf Städte, Gemeinden und Landkreise wurden am 22. Juni 2016 in der Vertretung des Saarlandes in Berlin für ihre vorbildlichen Aktivitäten zur innovativen Suchtprävention ausgezeichnet. Die Preisverleihung erfolgte durch Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe, die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Marlene Mortler, die Leiterin der BZgA Dr. Heidrun M. Thaiss und die Leiterin der Abteilung Gesundheit im GKV-Spitzenverband, Dr. Monika Kücking.

Prämiert wurden folgende Kommunen:

Kreisfreie Städte

Der **Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin**, (1. Platz, 10.000 Euro) wurde für das Patenschaftsprojekt „Vergiss mich nicht“ ausgezeichnet. In dem Projekt werden seit 2008 ehrenamtliche Patenschaften für zwei- bis zwölfjährige Kinder aus suchtbelasteten Familien vermittelt und begleitet. Wichtigstes Ziel ist es, die Kinder über eine dauerhafte Beziehung zu einer stabilen erwachsenen Bezugsperson so zu stärken, dass sie sich gut und gesund entwickeln.

Die **Freie Hansestadt Bremen** (2. Platz, 6.000 Euro) erhielt für den Jugendfilmwettbewerb „Ausweg(ge)sucht 2015“ einen Preis. Der Wettbewerb soll Jugendliche motivieren, sich selbstkritisch mit der eigenen Lebens- und Erlebniswelt auseinanderzusetzen und die Ergebnisse in Form eines Kurzfilms zu präsentieren, um auf diese Weise Auswege aus konflikthafter jugendtypischer Situationen aufzuzeigen. Das Projekt spricht die Zielgruppe passgenau an und nutzt Soziale Medien als neuen Zugangsweg.

Die **Stadt Dessau-Roßlau** (3. Platz, 4.000 Euro) wurde für ihr Projekt „Du fühlst Dich wie ein Splitter ...“ zur Aufklärung über und Prävention von Crystal Meth prämiert. Seit 2010 beschäftigt sich die Koordinierungsstelle für Prävention und Jugendschutz der Stadt Dessau-Roßlau in ihrer Präventionskonzeption mit der Problematik Crystal Meth. Inzwischen gibt es ein umfassendes Projekt zur Crystal-Prävention mit mehreren Bausteinen, um zu informieren, aufzuklären und verschiedene Hilfen für Betroffene anzubieten.



Wettbewerbsdokumentation online:

<https://difu.de/10662>

Bestellung der Dokumentation:

siehe Bestellschein

Die Preisträger 2016

Foto: ©BZgA, Christian Hahn



Kreisangehörige Städte und Gemeinden

Die **Gemeinde St. Leon-Rot** wurde für ihren Beitrag „Preis der Gemeinde St. Leon-Rot für vorbildliche Jugendarbeit“ ausgezeichnet (1. Platz, 10.000 Euro). Die Gemeinde schreibt seit 2006 für örtliche Organisationen und Vereine einen mit 5.000 Euro dotierten Preis für vorbildliche Jugendarbeit im Bereich der Suchtprävention aus. Das Instrument des Wettbewerbs ist für eine kleine Gemeinde wie St. Leon-Rot innovativ, erreicht eine hohe Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und nutzt neue Zugangswege zur Zielgruppe.

Die **Ortsgemeinde Inenheim** erhielt für ihren Beitrag „Weinkerwe ohne Komasaufer“ einen Preis (2. Platz, 6.000 Euro). In breiter Kooperation wurde in der Gemeinde vereinbart, auf den Ausschank aller branntweinhaltigen Getränke auf der Kerwe (Weinfest) zu verzichten. Durch dieses Verbot konnten alkoholbedingte Zwischenfälle mit jugendlichen Besuchern in den letzten Jahren deutlich reduziert werden.

Landkreise

Der **Landkreis Offenbach** wurde für ein alkoholpräventives Projekt ausgezeichnet (1. Platz, 10.000 Euro). Im Rahmen der traditionellen „Haaner Kerb“, dem Kirchweihfest in Dreieichenhain, einem Stadtteil von Dreieich, wurden die „Kerbborschen“ (Kirchweihburschen), die in ihrem Heimatort die stark mit dem Konsum von Alkohol verbundenen Kerbtraditionen feiern, erfolgreich für einen maßvollen Umgang mit Alkohol sensibilisiert. Auf diese Weise konnte Missbräuchen vorgebeugt und gleichzeitig die Kirchweihtradition fortgeführt werden.

Die **Landkreise Neustadt und Tirschenreuth** und die **Stadt Weiden** erhielten für ihre Präventionsinitiative Need-NO-Speed einen Preis (2. Platz, 6.000 Euro). Die drei Kommunen engagieren sich in einer interkommunalen, träger- und grenzübergreifenden Initiative gegen den zunehmenden Crystal-Meth-Konsum in der Nordoberpfalz. Es werden auch kultursensible Ansätze verfolgt.

Der **Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald** wird für sein Projekt „passt!“ prämiert (3. Platz, 4.000 Euro) – ein gemeinsames themenübergreifendes Präventions- und Handlungskonzept von Trägern und Einrichtungen der Prävention, das qualitative sowie strukturelle Aspekte ebenso wie konkrete Angebote umfasst. Der Landkreis hat damit einen Lösungsweg für das vielerorts bestehende Problem entwickelt, dass eine Fülle verschiedener Maßnahmen unkoordiniert nebeneinander besteht.

Ebenfalls mit einem 3. Platz und 4.000 Euro wurde der **Landkreis Görlitz** für das Projekt „Prävention im Team – Ostsachsen (PiT-Ostsachsen)“ ausgezeichnet. Im Projekt kooperieren Schule, Träger der Jugendhilfe und Polizei bei präventiven Angeboten im Rahmen von Erziehungs- und Bildungsplänen sowie Schulprogrammen. PiT-Ostsachsen greift die Präventionsstrategie „Communities That Care“ (CTC) auf – ein in den USA entwickelter sozialraumbezogener Ansatz, der jugendliches Problemverhalten in einem frühen Stadium untersucht und angeht.

Sonderpreis des GKV-Spitzenverbandes

Beim Sonderpreis des GKV-Spitzenverbandes wurden zwei erste Plätze jeweils mit einem Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro vergeben:

Die **Freie und Hansestadt Hamburg** wird für ihr Projekt „BLEIB STARK! BLEIB DU SELBST! Cannabis & Du?“ gewürdigt. Der Beitrag stellt eine als Mehrebenen-Präventionsstrategie konzipierte und im Kern internetbasierte Kampagne zur Cannabisprävention vor, die Jugendliche, Eltern und Fachkräfte als Zielgruppen in den Blick nimmt. Das Projekt wird finanziell und inhaltlich durch mehrere Krankenkassen unterstützt und zeigt damit, dass Krankenkassen zusammen die kommunale Suchtprävention stärken können und nicht als Konkurrenten auftreten müssen.

Der **Landkreis Neckar-Odenwald** wird für seinen landkreisweiten Wettbewerb für Sportvereine „Wer ist hier die Flasche!?“ ausgezeichnet. Ziel ist es, Sportvereine für das Thema „Umgang mit Alkohol“ zu sensibilisieren und zu aktivieren. Zu den zentralen Unterstützern zählt eine Krankenkasse, die den Wettbewerb mit 2.000 Euro sponserte. Bei der Auftaktveranstaltung beriet die Krankenkasse zum Thema „Suchtprävention in Vereinen“. Außerdem bewarb sie den Wettbewerb und nahm an der Abschlussveranstaltung teil.

Veröffentlichung der Wettbewerbsergebnisse

Um die Breite der eingereichten Wettbewerbsbeiträge und die insgesamt herausragenden innovativen Aktivitäten in der kommunalen Suchtprävention einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und anderen Kommunen einen Anreiz zu geben, von den Erfahrungen zu lernen, wurden die Wettbewerbsergebnisse in einer Dokumentation veröffentlicht. Außerdem können alle Beiträge sowie die Dokumentation im Internetportal zum Wettbewerb abgerufen werden.

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Christa Böhme
Telefon: 030/39001-291
E-Mail: boehme@difu.de

Dr. Beate Hollbach-Grömig
Telefon: 030/39001-293
E-Mail:
hollbach-groemig@difu.de

Internetportal:

<https://kommunale-suchtpraevention.de>

Neuartige Wasserinfrastrukturen

Optionen für Unternehmensstrategien und Innovation



Seit Jahren wird sowohl in der akademischen Fachwelt als auch in der Verbandspraxis eine Diskussion über neuartige Wasserinfrastrukturen und „Neuartige Sanitärsysteme“ (NASS) geführt. Neuartige Wasserinfrastrukturen orientieren sich am Leitbild von Stoffkreisläufen, setzen am Prinzip der Stoffstromtrennung an und ermöglichen die Nutzung der im Abwasser enthaltenen energetischen Potenziale.

Solche Infrastrukturen haben in verschiedenen Modellvorhaben und für unterschiedliche städtische oder auch ländliche Teilräume ihre Praxistauglichkeit bewiesen. Dies zeigen auch die Arbeiten des vom Difu mitinitiierten Forschungsverbands netWORKS. Im aktuellen Projekt „netWORKS 3“ werden insbesondere die Nutzung der im Abwasser enthaltenen Wärme und die getrennte Erfassung und Behandlung von Abwasserteilströmen (Schwarzwasser zur Optimierung der Klärgasgewinnung und energetischen Nutzung sowie Grauwasser zur Aufbereitung von Betriebswasser) auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen (Haus, Block, Quartier und überquartierlich) analysiert. Auch das dezentrale Niederschlagswassermanagement ist Gegenstand der Untersuchungen.

Die Einführung neuartiger Wasserinfrastrukturen bildet den Ausgangspunkt für die vom Difu vorgenommene Analyse unternehmerischer Strategieoptionen. Neue Kopplungen zwischen infrastrukturellen Teilsystemen (z.B. Trinkwasser, Betriebswasser, Abwasser, Wärme) werden möglich und verändern damit auch das Handeln der siedlungswasserwirtschaftlichen Akteure. Eingübte Rollen stehen zur Disposition, Koordinationsbedarf sowie Abstimmungsprozesse zwischen Akteuren stellen sich in ganz neuer Form. Organisationsmodelle sind zu überprüfen und weiterzuentwickeln, wobei insbesondere die Verknüpfungen mit anderen Infrastruktursektoren (vor allem der Energieversorgung) von Interesse sind.

Ziel war es, die Möglichkeiten der technisch-organisationalen Integration sowie Innovationspotenziale für die kommunale Wasserwirtschaft strukturiert zu erfassen und im Dialog kommunalwirtschaftlicher Akteure zu bewerten. Damit konnten erstmals Aussagen für die möglichen unternehmerischen Potenziale getroffen werden.

Mit der Einführung neuartiger Wasserinfrastrukturen – so eine These im neuen netWORKS-Paper – werden in der Siedlungswasserwirtschaft neue Optionen und unternehmerische Strategien ermöglicht und attraktiv. Zugleich können veränderte unternehmerische Strategien und Geschäftsfelder die Einführung und Umsetzung neuartiger Systemlösungen in der Siedlungswasserwirtschaft fördern. Voraussetzung ist die Weiterentwicklung des betrieblichen Know-hows sowie die Kooperation mit anderen Infrastrukturdienstleistern. Insbesondere für integrierte Querverbundunternehmen zeigen sich Chancen für die Geschäftsfeldentwicklung.

Das netWORKS-Paper geht vor allem folgenden Fragen nach:

- Welche neuen Strategieoptionen und Geschäftsfelder eröffnen sich im Zuge der Einführung neuartiger Wasserinfrastrukturen?
- Welche Rollen könnten kommunale Unternehmen im Transformationsprozess städtischer Infrastrukturen einnehmen?
- Welche Anforderungen an Personal und Organisationsstrukturen ergeben sich, um auch künftig eine wichtige Funktion in der Stadtentwicklung und der zukunftsfähigen Infrastrukturgestaltung einnehmen zu können?

Die Veröffentlichung basiert auf Forschungsarbeiten im Verbundvorhaben „Potenzialabschätzung und Umsetzung wasserwirtschaftlicher Systemlösungen auf Quartierebene in Frankfurt am Main und in Hamburg (netWORKS 3)“, das innerhalb der Fördermaßnahme „Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung (INIS)“ im Förderschwerpunkt „Nachhaltiges Wassermanagement (NaWaM)“ als Bestandteil des BMBF-Programms „Forschung für nachhaltige Entwicklungen (FONA)“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird.

Veröffentlichung online:

<https://difu.de/10632>



Weitere Informationen

Dipl.-Soz. Jan Hendrik Trapp
Telefon: 030/39001-210
E-Mail: trapp@difu.de

Dr. Jens Libbe
Telefon: 030/39001-115
E-Mail: libbe@difu.de

Rechtliche Rahmenbedingungen neuartiger Wasserinfrastrukturen

Durch zahlreiche dynamische Entwicklungen (demografischer Wandel, Energiewende, Klimawandel etc.) gerät das über Jahrzehnte gewachsene System der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zunehmend unter Veränderungsdruck. Diese notwendige Anpassung der Infrastrukturen verlangt nach neuen differenzierten Wegen, die die Wasserinfrastrukturen angesichts der aktuellen und künftigen dynamischen Entwicklungen flexibler (re)agieren lassen.

Der Forschungsverbund netWORKS hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Strukturen zu untersuchen und die Kommunen bei der Weiterentwicklung und Umgestaltung ihrer Wasserinfrastrukturen zu unterstützen. Der Verbund arbeitet inzwischen an seinem dritten Projekt: „Intelligente wasserwirtschaftliche Systemlösungen in Frankfurt am Main und Hamburg“. Im Rahmen dessen erfolgte neben vielem anderen auch eine Untersuchung zu den rechtlichen Rahmenbedingungen neuartiger Wasserinfrastrukturen, deren Ergebnisse als netWORKS-Paper 31 veröffentlicht wurden.

Ausgangspunkt der Untersuchung war die Annahme, dass die Kommune inklusive ihrer kommunalen Unternehmen – als Trägerin der Daseinsvorsorge den örtlichen Gemeinwohlbelangen verpflichtet – aufgrund der Abhängigkeiten zwischen öffentlicher und privater Infrastruktur eine steuernde und koordinierende Funktion beim Implementieren neuartiger Wasserinfrastrukturen innehaben sollte. Dementsprechend wurde der Frage nachgegangen, inwiefern die Kommune Planung und Betrieb der technischen Module „Schwarzwasserbehandlung“, „Grauwasserbehandlung“ und „Wärmerückgewinnung“ koordinieren und steuern kann. Auch Auskunftsansprüche – von Privaten und der Kommune – wurden untersucht, weil das Einholen von Auskünften in vielen Fällen Voraussetzung für die Einführung neuartiger siedlungswasserwirtschaftlicher Systemlösungen ist. Aus der Untersuchung ergaben sich folgende Schlussfolgerungen:

Semizentrale Anlagen im Wasserrecht

Nach § 55 Abs. 1 S. 2 WHG kann dem Wohl der Allgemeinheit auch durch die Beseitigung von häuslichem Abwasser durch de- bzw. semizentrale Anlagen entsprochen werden. Die Norm eröffnet den Kommunen

mehr Spielraum für die Optimierung ihrer Entsorgungskonzepte und erfasst auch die hier untersuchten technischen Module „Schwarzwasserbehandlung“ und „Grauwasserbehandlung“.

Steuerung durch Vertrag

Verträge sind derzeit die empfehlenswertesten und rechtssichersten Instrumente zur Realisierung der untersuchten technischen Module. Je nach Sachzusammenhang kann es sich dabei um städtebauliche, aber auch andere öffentlich-rechtliche oder zivilrechtliche Verträge handeln. Sie können genau auf die lokalen Bedingungen hin zugeschnitten werden.

Steuerung durch Planung

Die untersuchten technischen Module können je nach Schwerpunkt sowohl in Abwasserbeseitigungskonzepten, Wasserversorgungskonzepten und/oder Energieversorgungskonzepten als auch durch verschiedene Festsetzungen im Bebauungsplan aufgenommen werden.

Je nach Sachlage vor Ort kann es sich auch anbieten, die technischen Module in das Stadtentwicklungskonzept, ein Klimaschutzkonzept oder einen Rahmenplan zu integrieren. Eingebettet in umfangreichere neuartige Systemlösungen könnten die technischen Module ihren Niederschlag auch in einem Masterplan oder einem Infrastrukturkonzept finden. Das wichtigste Element zur Steuerung der Abwasserwärmerückgewinnung aus dem Kanal stellen die Potenzialanalysen inklusive sogenannter Energiekarten dar.

Steuerung durch Anschluss- und Benutzungszwang

Auch eine Steuerung durch den Anschluss- und Benutzungszwang erscheint rechtlich grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Der Anschluss- und Benutzungszwang müsste dementsprechend in einer kommunalen Satzung ausgestaltet sein und ist auch bei privaten Anlagen durch deren Widmung als öffentliche Einrichtung grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Dazu muss der Eigentümer der Anlage dieser Widmung allerdings zustimmen, und die Zugriffsrechte der Kommune müssen dauerhaft dinglich gesichert werden. Auch hier empfiehlt sich also ein Vertrag.



Veröffentlichungen online:

<http://bit.ly/2cZ77IC>

Weitere Informationen:

Ass.iur. Stefanie Hanke, LL.M

Telefon: 030/39001-157

E-Mail: hanke@difu.de

Herausforderungen von Klein- und Mittelstädten

Es gibt am Difu unterschiedliche Projekte und Ansätze, um den spezifischen Problemlagen und Herausforderungen von Klein- und Mittelstädten gerecht zu werden. Dazu zählen deren besondere Berücksichtigung in Difu-Seminaren oder das vom Difu initiierte Projekt „Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten in schrumpfenden bzw. peripherisierten Klein- und Mittelstädten“.

Es waren Akteure aus den Städten Bocholt, Gummersbach, Homberg (Ohm), Schwarzenberg (Erzgebirge) sowie der Lutherstadt Wittenberg, die bei diesem Projekt mitwirkten und sich bei Workshops und diversen Interviews im Frühjahr 2015 einbrachten. Zusätzlich erfolgte eine anonyme schriftliche Befragung der Kommunalpolitik.

Erkenntnisse

Erwartungsgemäß spielt der wissenschaftliche Begriff „Peripherisierung“ im lokalen Handeln und Diskurs kaum eine Rolle. Schrumpfung ist hingegen, in unterschiedlicher Ausprägung, durchaus ein Thema. Dieser Begriff wird allerdings bevorzugt unter dem „Label“ des demografischen Wandels diskutiert und sektoral – z.B. bei der Schulentwicklungsplanung – aufgegriffen. Strategisch und im Sinne des integrierten Handelns spielen die Begriffe vereinzelt eine Rolle. Dies trifft besonders bei den ostdeutschen Kommunen zu, die im Rahmen des Stadtumbaus mit integrierten Stadtentwicklungskonzepten arbeiten.

Was von Klein- und Mittelstädten im Zuge des Stadtumbaus in Ostdeutschland geleistet wurde, ist bemerkenswert. Damit relativiert sich heute bei ostdeutschen Städten oft ein akuter Handlungsdruck durch ein gefühltes „es war schon viel schlimmer“. In westdeutschen Städten bleibt die Wahrnehmung, dass die Entwicklungen deutlich moderater verlaufen als in Ostdeutschland. Entsprechend lässt sich zwar eine erkannte Notwendigkeit konstatieren, sich mit dem Thema zu befassen, aber es ist auch immer wieder eine gewisse Verschiebung eines Handlungsdrucks zu beobachten.

Einblicke aus dem Projekt in Kürze

- Persönliche Kontakte, Beziehungen und kurze Wege in kleinen Verwaltungen sind oft von Vorteil. Gleichzeitig müssen immer weniger Menschen über ein immer breiteres Wissen verfügen. Dies geschieht bei oft geringerer Bezahlung und zunehmenden

Personalengpässen. Ein Fachkräftemangel ist in vielen kleinen Verwaltungen spürbar.

- Wenn im Rahmen des demografischen Wandels „ein Problem“ benannt wird, erfolgt dies primär von Akteuren aus dem Sozialbereich (Bildung, Sport etc.). Gerade Stadtentwickler, Akteure aus dem Wohnungsbereich oder Liegenschaften relativieren die Situation häufiger.
- Ein kooperatives Miteinander der Akteure aus Ortskern und Umland sowie Ortsteilen bleibt schwierig. Da Ortsvorsitzende für ihren Ortsteil naturgemäß nur das Beste wollen, kann dies in der Kommunikation und Projektkoordinierung bei Kooperationen problematisch sein. Zum Teil werden hier mehr Druck oder Anreize „von oben“ gewünscht.
- Eine Internationale Bauausstellung (IBA), die REGIONALEN in NRW, aber auch das Stadtumbauprogramm werden von den Befragten durchweg als Lernplattform „anders zu denken und zu handeln“ begrüßt und stets als bereichernd empfunden. Oft sind Förderprogramme aber nicht auf die spezifischen Problemlagen und Handlungsfähigkeiten von Klein- und Mittelstädten ausgerichtet. Hier besteht Anpassungsbedarf.
- In jeder Stadt gab es auch Stimmen, die die Meinung vertreten, Schrumpfung sei mit „Wachstum“ zu begegnen. Beispiele hierfür sind die Ausweisung von Bauland oder die Einrichtung bzw. Erweiterung von „Kleinstkindergärten“. Schrumpfung als Gesamtstrategie ist und bleibt negativ konnotiert.

Ausblick

Das Difu wird weiterhin an dem Thema „besondere Herausforderungen“ von Klein- und Mittelstädten arbeiten. Die hier beschriebene Fokussierung auf Schrumpfung stellt nur eine Facette dieser Herausforderungen dar. Lösungen müssen aus den kleineren Städten und Gemeinden heraus entwickelt werden, denn „großstädtische Ansätze“ lassen sich oft nicht auf Kleinstädte übertragen. Es fehlen Ressourcen, Beratung oder die Flexibilität in Förderprogrammen – so wird es konstatiert. Dies führt fast zwangsläufig zu einer gefühlten bis zur tatsächlichen Überlastung und Überforderung vor Ort. Es stellt sich die Frage, wie lange das tragbar ist.

Welche Begriffe verbinden Sie mit Schrumpfung?



Weitere Informationen:

Dr. Elke Bojarra-Becker
Telefon: 030/39001-149
E-Mail: bojarra@difu.de

eBooks: ein neues Difu-Angebot

Forschungsergebnisse, Arbeitshilfen oder Dokumentationen rund um das Thema Stadt nicht schleppen zu müssen, sie trotzdem überall und jederzeit verfügbar zu haben, einzelne oder auch alle Seiten ausdrucken zu können: eBooks machen's möglich! Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) bietet eBooks als neue Produktform an – für die Difu-Zuwenderstädte selbstverständlich gratis (siehe Kasten rechts).

Ein eBook ist die elektronische Ausgabe eines „echten“ Buches und sogar etwas preiswerter als die gedruckte Version. Es kann auf diverser Hardware (PC, eBook-Reader, Tablet, Laptop, Smartphone) gelesen werden.

Das Difu kommt damit auch der steigenden Nachfrage seiner Leser nach einer digitalen Fassung von Forschungsergebnissen nach. Dieses veränderte Leseverhalten wird natürlich auch angefangen durch immer bessere und preisgünstigere Hardware.

Im eBook-Shop des Difu (und in hunderten weiterer eBook-Shops) können die bislang erschienenen Difu-eBooks (siehe unten und Bestellschein) gekauft bzw. heruntergeladen werden. Sie sind dort zudem nach Themen-

feldern sortiert. In dem Shop finden sich unter F.A.Q. Antworten auf alle technischen Fragen rund um die Difu-eBooks.

Die eBooks sind in den gängigen eBook-Formaten PDF und ePUB erhältlich: PDFs haben ein festes, unveränderbares Layout, ePUBs passen sich in Textfluss und Umbruch dem Display an. Sie sind auf Windows- und Apple-Geräten lesbar. Man kann die eBooks downloaden oder auch online lesen (ohne Download) und darüber hinaus auch ausdrucken.

Die Difu-eBooks haben einen kundenfreundlichen sogenannten weichen Kopierschutz. Das heißt, die E-Mail-Adresse, die der Nutzer im Shop angegeben hat, ist dezent auf jeder Seite des eBooks als Wasserzeichen eingefügt. Zusätzlich ist jede heruntergeladene Datei mit einer unsichtbaren Transaktionsnummer versehen. Dies soll eine unerlaubte Weitergabe oder Vervielfältigung verhindern.

Mit eBooks will das Difu seinen Kunden die Arbeit erleichtern und seine Forschungsergebnisse, Arbeitshilfen und Dokumentationen in technisch zeitgemäßer und moderner Form anbieten.

Gratis-eBooks für Difu-Zuwender

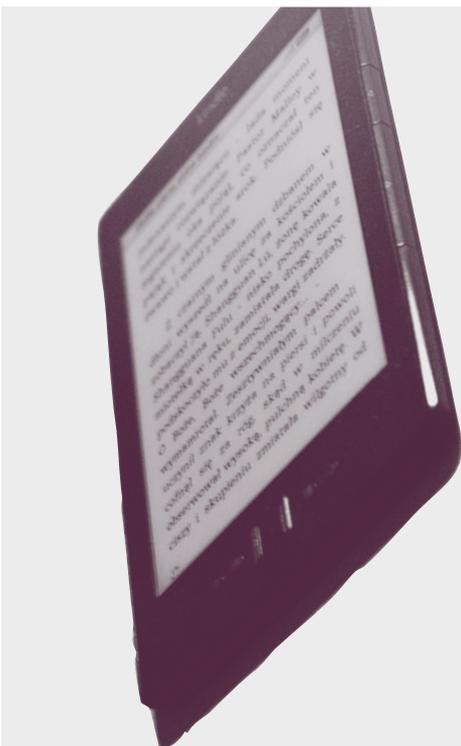
Das Difu stellt Rat und Verwaltung seiner Zuwenderstädte und -verbände Codes zum Gratis-Download zur Verfügung. Die jeweiligen „Difu-Ansprechpartner“ der Zuwenderstädte erhalten bereits Codes per Brief. Weitere Codes können von diesen Ansprechpartnern beim Difu-Vertrieb bestellt werden (verlag@difu.de), der auch darüber Auskunft gibt, welche Person einer Difu-Zuwenderstadt Difu-Ansprechpartner ist.

Im eBook-Shop des Difu registriert man sich unter <http://difu.ciando-shop.com> mit Namen, Post- und E-Mail-Adresse. Anschließend können die Codes online hier eingelöst werden: <http://difu.ciando-shop.com/info/inside/>

Innerhalb von Stadtverwaltung und Rat einer Difu-Zuwenderstadt darf ein Difu-eBook auch weitergegeben werden.

Weitere Informationen:

Dipl.-Pol. Patrick Diekelmann
Telefon: 030/39001-254
E-Mail: diekelmann@difu.de



Bereits lieferbare eBooks des Difu

- Elektromobilität: im Spannungsfeld technologischer Innovation, kommunaler Planung und gesellschaftlicher Akzeptanz
- Vom Energiebeauftragten zum Energiemanagement. Dokumentation des 20. Deutschen Fachkongresses für kommunales Energiemanagement
- SOS – Sieht die Inobhutnahme noch Land? Krisenintervention und Inobhutnahme in der Kinder- und Jugendhilfe
- Umweltverträglicher Wirtschaftsverkehr in Städten. Wer oder was bringt's wirklich?
- Sicherheit in der Stadt. Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen
- Kommunale Impulse für Nachhaltiges Wirtschaften
- Funktion und Gestaltung von Haupt(verkehrs)straßen mit Schwerpunkt Innenstadt
- Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch
- Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur: Bausteine, Merkposten und Prüffragen – Anregungen für Kommunalverwaltungen und kommunale Politik
- Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007
- Mehr Gesundheit im Quartier. Prävention und Gesundheitsförderung in der Stadtteilentwicklung
- Infrastruktur und Stadtentwicklung

Bezug ausschließlich über den eBook-Shop: <http://difu.ciando-shop.com/>

Wertschöpfungsrechner zur energetischen Gebäudesanierung

Gemeinsam mit dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) erarbeitet das Difu einen Online-Wertschöpfungsrechner, der es kommunalen Akteuren ermöglichen soll, die aus der energetischen Gebäudesanierung resultierenden regionalökonomischen Effekte für die gesamte Kommune abzuschätzen. Eingegeben werden Daten zum Gebäudebestand und zum ansässigen Handwerk. Als Ergebnis lassen sich regionale Beschäftigungseffekte, Unternehmensgewinne und kommunale Steuereinnahmen abschätzen. So kann zukünftig jede Kommune aufzeigen, wie hoch die Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte durch die energetische Gebäudesanierung vor Ort bereits sind und berechnen, wie sich mit einer Steigerung der Sanierungsrate die kommunale Wertschöpfung erhöhen ließe.

Die Ergebnisse können kommunale und regionale Akteure nutzen, um vor Ort die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudebereich zu fördern.

Das Beispiel des seit 2011 bestehenden Online-Wertschöpfungsrechners zu erneuerbaren Energien des IÖW und der Agentur für erneuerbare Energien (AEE) zeigt, dass Zahlen zu regionalökonomischen Effekten auf hohes Interesse in den Kommunen stoßen. Die Online-Schaltung des Rechners soll Ende November erfolgen und dieser auf der Kommunalen Klimakonferenz des Difu in Berlin vorgestellt werden.

Das Projekt wird im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums gefördert.

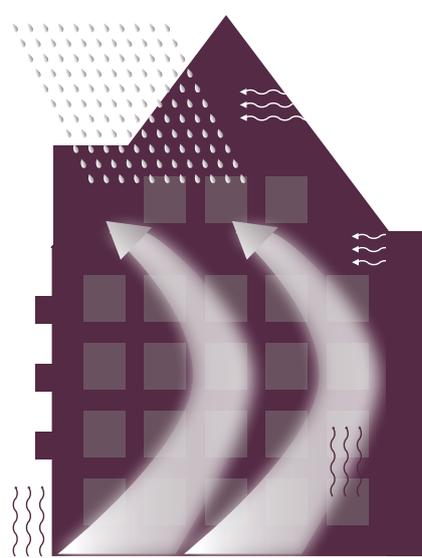
City2Share: Vernetzte E-Mobilität in Wohnvierteln

Städte sind durch die Organisation des Güter- und Dienstleistungsverkehrs sowie durch den individuellen Verkehr geprägt – und stark belastet: Insbesondere Liefer- und Pendlerverkehr führen zu einem erheblichen Verkehrsaufkommen und Flächenbedarf für den ruhenden Verkehr. Weniger Verkehr mit weniger Emissionen für mehr Lebensqualität mit besserer Mobilität – auf diese knappe Formel lässt sich das Ziel des im Mai 2016 gestarteten Forschungsprojekts „City2Share“ zusammenfassen.

widmung von Parkflächen der öffentliche Raum attraktiver und vielseitiger gestaltet werden.

In den kommenden vier Jahren untersucht dazu ein Konsortium von Unternehmen und Forschungseinrichtungen unter der Führung von BMW die motorisierte Individualmobilität in ausgewählten Innenstadtbereichen in München und Hamburg. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit fördert das Forschungsprojekt im Rahmen des Programms „Erneuerbar Mobil“. Das Deutsche Institut für Urbanistik übernimmt gemeinsam mit der TU Dresden die forschungsbegleitende Evaluation. Ziel ist es, Umsetzungshemmnisse – insbesondere auf der Akteurebene – aufzudecken, Fragen der Übertragbarkeit auf andere Städte zu betrachten und die Potenziale der geplanten Maßnahmen für eine nachhaltige, emissionsarme und flächensparende kommunale Verkehrs- und Stadtplanung zu untersuchen. Es wird daher ein beratendes Städtegremium eingerichtet, das die Arbeiten und Fragestellungen kritisch diskutiert und gleichzeitig auch den Wissenstransfer in die kommunale Praxis fördert.

City2Share integriert Individual- und Lieferverkehr in ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept. Schwerpunkt ist zum einen die Entwicklung und Erprobung eines innovativen Sharing-Systems mit – teils autonomen – Elektrofahrzeugen und induktiven Ladestationen sowie die Einbindung von Pedelecs in ein bestehendes Mietradsystem. Über „Elektromobilitätsstationen“ werden die zwei- und vierrädrigen Mietfahrzeuge mit den bestehenden Verkehrssystemen des Öffentlichen Nahverkehrs verknüpft. Zum anderen wird in den Modellquartieren ein stadtverträgliches Logistikkonzept auf Basis von e-Lastenrädern erprobt. Unter Einbindung der Anwohner soll zudem durch eine korrespondierende Um-



Grafik: Elke Postler

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Jan Walter
Telefon: 0221/340308-26
E-Mail: walter@difu.de



Foto: SWM/MVG
(Projektbeteiligter)



Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Uta Bauer
Telefon: 030/39001-151
E-Mail: bauer@difu.de

Thomas Stein, Geograph, M.A.
Telefon: 030/39001-181
E-Mail: stein@difu.de

Entwicklung eines neuen Stadtklimamodells

In dem Forschungsvorhaben „Stadtklima im Wandel“ soll ein innovatives Stadtklimamodell entwickelt werden. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden klimatischen Änderungen stehen die Kommunen vor der Herausforderung, sich an den Klimawandel anzupassen. Ein neues Stadtklimamodell soll die kommunalen Akteure bei ihren Handlungen und Entscheidungen unterstützen.

Das Forschungsprogramm besteht aus den Modulen Modellentwicklung, Modellevaluation und Überprüfung der Praxistauglichkeit. Das Difu ist mit dem Projekt „KliMoPrax“ beteiligt und Teil eines Konsortiums aus fünf Institutionen (DWD, FiW, Geo-Net, TU Dortmund, Difu). Ziel ist es, die Praxistauglichkeit des zu entwickelnden Klimamodells sicherzustellen und zusammen mit kommunalen Praxispartnern und späteren Anwen-

dern eine bedarfsgerechte Umsetzung zu ermöglichen. Dazu werden in einer Reihe von Dialogveranstaltungen in Kommunen der aktuelle und künftige Bedarf der lokalen Akteure erfragt und die Anforderungen an ein neues Stadtklimamodell ermittelt. Anhand von „Nutzungssituationen“ sollen ausgewählte Beispiele mit dem neuen Modell berechnet und getestet werden. Kommunale Praxispartner sind die Städte Berlin, Bonn, Essen, Hamburg, Karlsruhe, München und Stuttgart. Die Ergebnisse des Dialogprozesses münden in einen Nutzungs- und Anforderungskatalog für das Modell und einen Evaluationsbericht über dessen Praxistauglichkeit.

KliMoPrax wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF); Projektträger ist das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR).

Kommunen innovativ: Konzepte zum demografischen Wandel

Die Bewältigung des demografischen Wandels mit seinen vor Ort spezifischen Auswirkungen wie Bevölkerungsrückgang, Zunahme des Anteils der älteren Bevölkerung und Abwanderung stellt eine wachsende Zahl von Städten, Gemeinden und Regionen vor große Herausforderungen. So müssen die sozialen und technischen Infrastrukturen neu ausgerichtet, nachhaltige und demografieangepasste Siedlungsstrukturen entwickelt und Konzepte für einen verantwortungsvollen Umgang mit Land- und Flächenressourcen sowie für die regionale Versorgung mit Energie und Lebensmitteln entworfen werden. Innovative Lösungen zur Gestaltung der räumlichen Auswirkungen des demografischen Wandels in Verbindung mit einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Stadt- und Regionalentwicklung stehen im Mittelpunkt der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Als Teil des BMBF-Rahmenprogramms „Forschung für nachhaltige Entwicklungen (FONA)“ verfolgt die Maßnahme zudem das Ziel, die Rolle der Kommunen als Forschungspartner zu stärken. Von 2016 bis 2020 erforschen und erproben zu-

nächst fünfzehn und später bis zu 30 Verbundpartnerschaften aus Wissenschaft und Kommunen innovative Modelllösungen.

Unterstützt wird die Fördermaßnahme durch das Wissenschaftliche Begleitungs-, Vernetzungs- und Transfervorhaben „KomKomIn“, das gemeinsam vom Difu und dem Institut Raum & Energie durchgeführt wird. KomKomIn wird durch zahlreiche Aktivitäten in den kommenden vier Jahren die Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen und kommunalen Partnern fördern, ein Netzwerk innovativer Kommunen aufbauen, einen breiten Austausch über tragfähige Innovationen fördern, die Ergebnisse von Kommunen innovativ in die Welt tragen und gemeinsam einen Beitrag zur nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung leisten. Einen Schwerpunkt der Arbeit bildet die übergreifende Vernetzung der geförderten Vorhaben sowie die Synthese, Aufbereitung und Kommunikation der Ergebnisse. Darüber hinaus wird über das Projekt KomKomIn das Ziel verfolgt, die praxisnahen und übertragbaren Forschungsergebnisse zu verbreiten.



Foto: Luise Willen

Begrünte Hauswand in Arnheim

Weitere Informationen:
Dipl.-Geogr. Luise Willen
Telefon: 0221/340308-19
E-Mail: willen@difu.de



Weitere Informationen:
Dr. Stephanie Bock
Telefon: 030/39001-189
E-Mail: bock@difu.de

Dr. Darla Nickel
Telefon: 030/39001-297
E-Mail: nickel@difu.de

Dipl.-Ing. Jan Abt
Telefon: 030/39001-206
E-Mail: abt@difu.de

Difu-Fortbildungsprogramm

Forum für Praxis, Wissen und Erfahrungsaustausch

Infos, Einzelprogramme und Anmeldung:

Difu-Seminare

Fortbildungssekretariat (S)
Telefon: 030/39001-258/-259/-148
E-Mail: fortbildung@difu.de

AG Fachtagungen Jugendhilfe

Claudia Euler (J)
Telefon: 030/39001-136
E-Mail: euler@difu.de

Fahrradakademie sowie kommunal mobil:

Simone Harms (F)
Telefon: 030/39001-132
E-Mail: harms@difu.de

Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)

Dina Lieder (SK:KK)
Telefon: 0221/340308-12
E-Mail: skkk@difu.de

Die Kürzel in Klammern stehen für die Ansprechpartnerin zur jeweiligen Veranstaltung

Details und Einzelprogramme stets aktuell im Difu-Internet:

www.difu.de/veranstaltungen

Anforderung von Einzelprogrammen per E-Mail:

fortbildung@difu.de

Weitere themenspezifische Fortbildungsangebote:

www.fahrradakademie.de
www.klimaschutz.de/kommunen
<http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de>

Veranstaltungsvorschau 2016:

Rahmenbedingungen und aktuelle Probleme der kommunalen Sportpolitik

Seminar, 7.–8. November, Berlin (S)

Online-Handel: Trend oder Hype? Und was heißt das für die (Innen-)Städte?

Seminar, 10. November, Berlin (S)

Neu Maß nehmen! Zukunftsperspektiven der Vormundschaften

Fachtagung, 10.–11. November, Berlin (J)

Inklusion in Schulen

Seminar, 14.–15. November, Berlin (S)

Forum Deutscher Wirtschaftsförderer

Kongress, 17.–18. November, Berlin (FdW) (S)

Mobilität beginnt zu Fuß – Sichere Straßen für den Fußverkehr

Seminarreihe in Kooperation mit dem deutschen Verkehrssicherheitsrat e. V. (DVR) (F)
22. November, München;
30. November, Berlin;
6. Dezember, Köln;
7. Dezember, Dortmund

Radverkehr, Fußverkehr und ÖPNV – Wie das Miteinander gelingen kann

Seminarreihe in Kooperation mit der VDV-Akademie (F)
23. November, Bremen;
1. Dezember, Ludwigshafen;
7. Dezember, Erfurt;
12. Dezember, Köln

Handlungsdruck und Lösungswege für den städtischen Wirtschaftsverkehr

Seminar, 28.–29. November, Berlin (S)

Schnittstellen erkennen – Synergien nutzen

Kommunale Klimakonferenz 2016,
28.–29. November, Berlin (SK:KK)

Regionalwirtschaftliche Effekte – Ausgleichbedarfe und Ausgleichsinstrumente

Seminar, 1.–2. Dezember, Berlin (S)

Perspektiven für die ÖPNV-Finanzierung

Seminar, 5. Dezember, Berlin (S)

Wassersensible Stadtentwicklung für lebenswerte, klimaangepasste und ressourcenleichte Städte

Seminar, 8.–9. Dezember, Wiesbaden (S)

Seminar-Jahresprogramm 2017:

1. Kommunale Haushaltskonsolidierung in Zeiten von Null- und Negativzinsen

Zinersparnisse oder Verknappung der Finanzierungsangebote?
Seminar, 16.–17. Januar 2017, Berlin

2. Vielfalt in der Grünflächen- und Freiraumentwicklung

Urbanes Grün mit neuen Akteuren und Konzepten
Seminar, 19.–20. Januar 2017, Essen

3. Cluster in der kommunalen Wirtschaftsförderung

Ernüchterung nach der Euphorie?
Seminar, 2.–3. Februar 2017, Berlin

4. Klimaangepasst bauen und sanieren

Kommunen informieren ihre Bürgerschaft
Seminar, 20.–21. Februar 2017, Berlin

5. Optimierung der Ressourceneffizienz an Gewerbestandorten

Kommunale Strategien und Maßnahmen
Seminar, 2. März 2017, Berlin

33. Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Kommunen in der Bildungspolitik

Seminar, 13.–14. März 2017, Berlin

6. Strategisches Wissen in der kommunalen Verkehrsplanung

Optimierung der Zusammenarbeit mit externen Planungsebenen
Seminar (Block 1), 16.–17. März 2017, Berlin

16. Optimierung der Zusammenarbeit in der Kommunalverwaltung und mit der kommunalen Verkehrspolitik

Seminar (Block 2), 12.–13. Juni 2017, Berlin

7. Kommunale Handlungsoptionen zur Verbesserung der Bildungschancen von Geflüchteten

Seminar, 20.–21. März 2017, Berlin

8. Bausteine und Stolpersteine kommunaler Bodenpolitik

Rahmenbedingungen, Akteure, Modelle
Seminar, 23.–24. März 2017, Berlin

9. Umgestaltung von innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen

Seminar, 3.–4. April 2017, Berlin

10. Geflüchtete und Quartiersentwicklung in der Sozialen Stadt

Seminar, 4.–5. Mai 2017, Berlin

11. Digitalisierung und Smart City

Wie die Informations- und Kommunikationstechnologie kommunale Dienstleistungen verändert
Seminar, 8.–9. Mai 2017, Berlin

12. Das europäische Beihilferecht in der kommunalen Praxis

Grundlagenvermittlung anhand von Praxisbeispielen und Erfahrungsaustausch
Seminar, 11. Mai 2017, Berlin

13. 47. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung

Erfahrungsaustausch, 17.–19. Mai 2017, Magdeburg

14. Kommunale Infrastruktur generationengerecht finanziert

Grundlagen und Instrumente einer Nachhaltigen Investitions- und Finanzplanung
Seminar, 29.–30. Mai 2017, Berlin

15. Verkehrswende in Stadt und Umland

Praxisbeispiele machen Mut!
Seminar, 1.–2. Juni 2017, Berlin

17. Fachkräftemangel in der Kommunalverwaltung

Seminar, 19.–20. Juni 2017, Berlin

18. Wirtschaft M/macht Stadt!?

Oder: Wer ist der „König“ der Stadt?
Seminar, 22.–23. Juni 2017, Berlin

19. Update Städtebaurecht

Novellierung von BauGB und BauNVO 2017 – Anwendungshinweise für die Praxis
Seminar, 26.–27. Juni 2017, Berlin

20. Gestaltungsbeiräte – Einrichtung, Aufgaben, Organisation

Seminar, 3.–4. Juli 2017, Berlin

21. Dichte und Qualität – Nachverdichtung und ihre Grenzen in wachsenden Städten

Seminar, 11.–12. September 2017, Berlin

22. Droht eine neue Wohnungsnot?

Perspektiven der sozialen Wohnraumversorgung in Kommunen
Seminar, 14.–15. September 2017, Berlin

23. Wirtschaftsförderung 4.0 – Herausforderungen, Strategien, Trends

Seminar, 25.–26. September 2017, Berlin

24. Erfahrungsaustausch Beteiligungskultur: Verbindliche Spielregeln für Bürgerbeteiligung – Konsequenzen für das Verwaltungshandeln

Erfahrungsaustausch, 27.–28. September 2017, Heidelberg

25. Handlungsoptionen für den ÖPNV in Räumen schwacher Nachfrage

Seminar, 28.–29. September 2017, Berlin

26. Neue Herausforderungen für die Schulentwicklungsplanung

Seminar, 9.–10. Oktober 2017, Berlin

27. Datengrab oder strategisches Steuerungsinstrument?

Möglichkeiten und Grenzen von Indikatoren-basiertem Sozialmonitoring
Seminar, 16.–17. Oktober 2017, Berlin

28. Hochschulen und „ihre“ Stadt: Mit- oder nebeneinander?

Seminar, 19.–20. Oktober 2017, Berlin und Nürnberg

29. Mittendrin und doch nicht dabei?

Die soziale Dimension von Mobilität
Seminar, 13.–14. November 2017, Berlin

30. 26. Forum deutscher Wirtschaftsförderer – Kongress der kommunalen Spitzenverbände und des DVWE

Kongress, 16.–17. November 2017, Berlin

31. Erfolgsbedingungen und Voraussetzungen einer gelingenden kulturellen Integration

Seminar, 20.–21. November 2017, Berlin

32. Nachhaltige Stadtentwicklung – zwischen Bereicherung und Konfliktpotenzial

Seminar, 7.–8. Dezember 2017, Berlin

34. Kommunale Überflutungsvorsorge und Starkregenmanagement – Ansätze und Maßnahmen von Stadtentwässerung und Stadtplanung

Seminar, Oktober/November 2017, Köln

35. Erfahrungsaustausch kommunale Wohnmarktbeobachtung

Seminar, November/Dezember 2017, Köln



Interesse am Einzelprogramm-Flyer 2017:

Übermitteln Sie Ihren Wunsch an uns, indem Sie einfach die Ziffer der Veranstaltung an uns senden. Sobald der Programm-Flyer fertig ist, senden wir Ihnen diesen gern zu.

Nr. ____ Nr. ____
Nr. ____ Nr. ____
Nr. ____ Nr. ____

Kontaktdaten:

Name _____

Vorname _____

E-Mail _____



Wir freuen uns auf Ihre Anfrage:

Bereich Fortbildung
Telefax: 030/39001-268
E-Mail: fortbildung@difu.de

Foto: Wolf-Christian Strauss

Europäisches Beihilferecht in der kommunalen Praxis

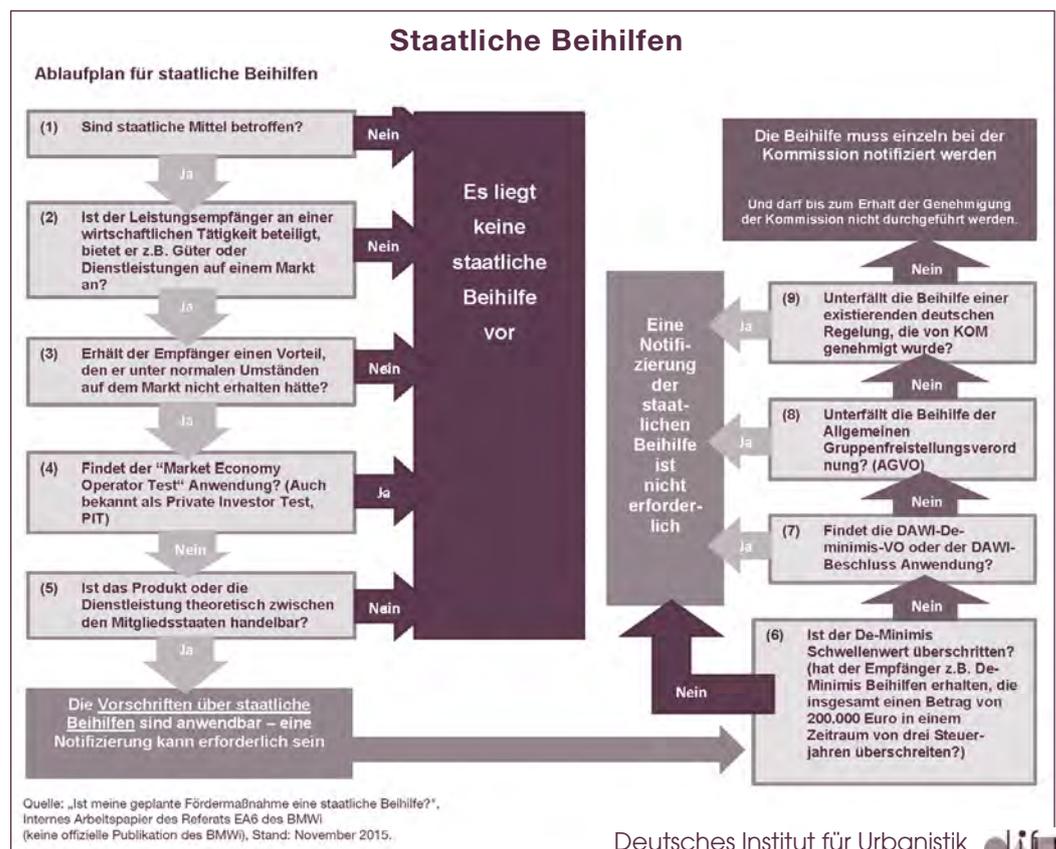
Im Mai 2016 veranstaltete das Deutsche Institut für Urbanistik in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) ein Seminar zum europäischen Beihilferecht in der kommunalen Praxis.

Finanzielle Zuwendungen an öffentliche oder private Unternehmen aus Gründen der Daseinsvorsorge gehören zu den notwendigen Aufgaben von Kommunen. Dabei ist das europäische Beihilferecht zu beachten. Aufgrund der Komplexität und des Interpretationspotenzials dieses europarechtlich determinierten Rechtsgebiets ist es für Kommunen eine sehr anspruchsvolle und arbeitsintensive Aufgabe, beihilferechtskonform zu handeln.

Im Mittelpunkt der Fortbildungsveranstaltung stand somit die Frage: Mit welchen Mitteln und auf welche Weise kann eine Kommune dem europäischen Beihilferecht gerecht werden, ohne dabei einen unangemessen hohen personellen und finanziellen Aufwand zu betreiben? Ziel der Veranstaltung war die Vermittlung von Basiswissen und die Vorstellung praktischer Lösungen, was nach Aussage der Teilnehmenden sehr gut gelungen ist.

Zunächst hat Miriam Marnich vom DStGB in das Thema eingeführt, indem sie die beihilferechtlichen Grundlagen dargestellt und dabei alle kommunalrelevanten Aspekte des Beihilferechts anhand eines umfassenden Prüfschemas erörtert hat. Sodann stellten zwei Experten aus der kommunalen Praxis – Frank Duschner vom Referat für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München und Marlene Sauer vom Beteiligungsmanagementbetrieb der Landeshauptstadt Saarbrücken – Strategien und Verfahren im Umgang mit dem europäischen Beihilferecht vertiefend anhand konkreter Fallbeispiele und Vorgehensweisen, u.a. bei der Betrauung verschiedener Daseinsvorsorgeträger, erläutert. Trotz vieler diskutierter Schwierigkeiten hat sich die Einschätzung durch die Veranstaltung gezogen, dass – hat man sich einmal in die Materie eingearbeitet – die meisten Sachverhalte ohne externe Hilfe zu bewältigen sind.

Aufgrund der hohen Nachfrage und der sehr positiven Resonanz der Seminarteilnehmenden wird das Seminar ein zweites Mal am 14. November 2016 beim Deutschen Städtetag in Köln angeboten.



Weitere Informationen:
 Ass.iur. Stefanie Hanke, LL.M
 Telefon: 030/39001-157
 E-Mail: hanke@difu.de

Erfahrungsaustausch Beteiligungskultur

Bürgerbeteiligung – ein Weg zu mehr oder weniger direkter Demokratie?

Am 16. und 17. Juni 2016 fand – gemeinsam vom Difu und der Landeshauptstadt Potsdam durchgeführt – der jährliche Erfahrungsaustausch „Kommunale Beteiligungskultur“ statt. Im Fokus der Vorträge und Diskussionen stand das Verhältnis zwischen Bürgerbeteiligung, repräsentativer und direkter Demokratie – kein leichtes Thema für Kommunen, denn direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung stehen in einem schwierigen Verhältnis zueinander. Auch haben nicht wenige Städte die Erfahrung gemacht, dass Bürgerbegehren und Volksentscheide als Instrumente der direkten Demokratie Pläne von Stadtverwaltung und -politik „durchkreuzen“ können.

Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen des Erfahrungsaustauschs aus verschiedenen Perspektiven (Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft) das Zusammenspiel von informellen und formalen Verfahren der Bürgerbeteiligung und direktdemokratischen Elementen diskutiert. Im Mittelpunkt der lebhaften Diskussionen standen

- Erfahrungen und offene Fragen zu kommunalen Verständigungsprozessen über direktdemokratische Elemente der Bürgerbeteiligung,
- Möglichkeiten und Formen einer stärkeren Mitwirkung der Zivilgesellschaft an Prozessen der Stadtentwicklung,
- Methoden zur Vermeidung von Blockadesituationen zwischen direktdemokratischen Vorhaben und Ratsentscheidungen sowie
- unterschiedliche Bewertungen des Themas aus Perspektive der Stadtverwaltung, der Kommunalpolitik und der Zivilgesellschaft.

In seinem Eröffnungsvortrag betonte Oberbürgermeister Jann Jakobs, dass sich die Potsdamer Kommunalpolitik mit Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie intensiv auseinandersetzt. Wenngleich das Thema in Potsdam eine lange Tradition habe, sei es für Kommunalpolitik immer wieder eine neue Herausforderung, mit den veränderten Erwartungen und Rollen umzugehen. Bürgerbeteiligung stelle nicht zuletzt ein Eingriff in politische Routinen dar. Auch stelle Bürgerbeteiligung die Verbindlichkeit politischer Entscheidungen sowie die Kompetenzen von

Kommunalpolitikern mitunter in Frage. Vor diesem Hintergrund müssten Kommunalpolitik und Verwaltungsspitze die eigene Rolle immer wieder überprüfen und ggf. neu ausrichten. Für die Arbeitsebene in der Verwaltung stellten sich neue Aufgaben und Herausforderungen. Auch sei zu klären, wer die Bürgerbeteiligung konkret durchführe – die Verwaltung selbst oder externe Moderationsprofis. Bürgerbeteiligung müsse nicht zuletzt in einen kommunikativen Zusammenhang verortet und die damit verbundenen Prozesse müssten sorgfältig reflektiert werden. Abschließend hob Jakobs hervor, dass Bürgerbeteiligung letztlich ein Experiment sei, das zwar gut gelingen, aber auch scheitern könne. Dies kennzeichne den aktuellen Potsdamer Weg von einer an einzelnen Projekten ausgerichteten Bürgerbeteiligung hin zu einer kommunal verankerten und gesellschaftlich getragenen Beteiligungskultur.

In der wissenschaftlichen Einführung von Prof. Dr. Birgit Böhm vom nexus-Institut sowie an den konkreten Beispielen aus Stuttgart, Aachen, Potsdam, Erfurt und Görlitz wurde deutlich, dass der Aufbau einer ernst gemeinten Beteiligungskultur einen langen Atem benötigt. Die eigentlichen Herausforderungen zeigen sich, so die Erfahrungen der beteiligten Städte, in der konkreten Umsetzung und Verstetigung der Beteiligungskultur. Verwiesen wurde hier auf die Notwendigkeit, sich über das zugrunde gelegte Verständnis von Demokratie, über das Verhältnis von direkter, deliberativer und repräsentativer Demokratie und den Zusammenhang von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit zu verständigen. Aber auch für den notwendigen und tiefgreifenden Umbau der Verwaltung, die die ernst gemeinte Umsetzung einer Beteiligungskultur mit sich bringt, müssen gangbare und realistische Wege gefunden werden. Positiv hervorgehoben wurde die Chance, Konflikte durch die frühzeitige Einbindung und Mitwirkung der Zivilgesellschaft zu erkennen. Hieraus, so die Erwartung und Erfahrung, eröffnen sich Perspektiven für die Weiterentwicklung einer kommunalen Beteiligungskultur.

Der nächste Erfahrungsaustausch findet am 27. und 28.9. 2017 in Heidelberg statt.



Oberbürgermeister Jann Jakobs,
Landeshauptstadt Potsdam

Stadtrundgang in Potsdam

Fotos: Stephanie Bock

Weitere Informationen:

Dr. Stephanie Bock
Telefon: 030/39001-189
E-Mail: bock@difu.de

Dr. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de

Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung

Gastgeber des 46. Interkommunalen Erfahrungsaustauschs zur Stadterneuerung und Sozialplanung – einer Veranstaltungsserie mit langer Tradition, die im Frühjahr 1973 als Reaktion auf die drängenden kommunalen Herausforderungen ins Leben gerufen wurde – war von 8. bis 10. Juni die Stadt Karlsruhe.

Mit rund 300.000 Einwohnern ist Karlsruhe die zweitgrößte Stadt im Land Baden-Württemberg – und eine vergleichsweise junge Stadt. 1715 als barocke Planstadt gegründet, war sie Haupt- und Residenzstadt des ehemaligen Landes Baden. Im Jahr 2015 feierte die mittlerweile auf 27 Stadtteile angewachsene Stadt ihren 300. Stadtgeburtstag. Das heutige Karlsruhe steht u.a. für historisch richtungsweisende Projekte des Siedlungsbaus (Hardtwaldsiedlung, Siedlung Dammerstock), für überörtlich bekannte Institutionen (ZKM, BVerfG), aber auch für vielfältige kulturelle Aktivitäten. Stadterneuerung hat hier eine lange Tradition – die Stadt gilt als die „Wiege“ der Städtebauförderung. Bereits seit 1971 sind in insgesamt 16 abgeschlossenen und fünf laufenden Sanierungsmaßnahmen in unterschiedlichen Förderprogrammen rund 100 Mio. Euro an Finanzhilfen von Bund und Land in die Stadt geflossen, die etwa das 7,5-fache an Investitionen im öffentlichen und privaten Bereich angestoßen haben. Die Ausstellung „Sanierungsgebiete in Karlsruhe“, die anlässlich des Tages der Städtebauförderung im Rahmen des 46. Erfahrungsaustausches eröffnet wurde, zeigte auch anschaulich die Stadterneuerungsgeschichte.

Von den Erfolgen dieser Arbeit der Stadtverwaltung konnten sich die rund 50 teilnehmenden Fachleute im Rahmen von Vorträgen und drei geführten thematischen Exkursionen überzeugen. Dabei wurde intensiv über Fragen der Innenentwicklung, u.a. durch die Sicherung niedrigpreisigen Wohnraums oder die Adressbildung in den Gewerbegebieten (sehr sehenswert: der Alte Schlachthof), der „Sanierung der Sanierung“ – sprich den Erneuerungsbedarf in die Jahre gekommener Sanierungsgebiete – sowie die Rolle kommunaler Wohnungsunternehmen als Partner in der Stadterneuerung diskutiert.

Durch seine Lage im Rheintal wird Karlsruhe bereits in der nahen Zukunft gerade im dicht bebauten innerstädtischen Bereich mit erheblichen Herausforderungen durch den Klimawandel umgehen müssen. Gerade die Sanierungsgebiete mit ihren quartiersbezogenen Ansätzen bilden gute „Labore“, um frühzeitig Strategien zur Klimaanpassung zu initiieren und auszuprobieren, wie ein Vortrag sehr anschaulich zeigen konnte: Wird „Klimaanpassung“ künftig vielleicht ein Sanierungsanlass im Sinne des besonderen Städtebaurechts? Diesem Themenkomplex widmete sich auch die abschließende Podiumsdiskussion unter dem Titel „Baukultur in der (energetischen) Stadtsanierung“. Eingeleitet durch einen Vortrag zu den Karlsruher Erfahrungen im kommunalen Gebäudebestand diskutierten die Leiterin des Amts für Hochbau und Gebäudewirtschaft Anne Sick, der Baubürgermeister Michael Obert und die Leiterin des Stadtplanungsamts Prof. Dr. Anke Karmann-Woessner mit den Tagungsteilnehmenden über die Frage, inwieweit baukulturelle Qualitäten unter den steigenden energetischen und klimatischen Anforderungen gesichert werden können.

Zum Abschluss konnten die Teilnehmenden bei hervorragender Weitsicht die privilegierte Lage im Rheintal und den auffälligen barocken Grundriss der Residenz ‚Carols Ruhe‘ – dem Karlsruhe den Beinamen „Fächerstadt“ verdankt – bei einer Exkursion zwischen dem Turmberg im Stadtteil Durlach und dem Schloss erleben.



Podiumsdiskussion

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
Telefon: 030/39001-296
E-Mail: strauss@difu.de

Terminhinweis:

47. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung
17.–19. Mai 2017 in Magdeburg

Turmberg im Stadtteil Durlach,
Karlsruhe

Fotos: Wolf-Christian Strauss



Belebung der Altstadtkerne durch Zuwanderung!?

Netzwerktreffen „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“ in Goslar

Mit der Zuwanderung sind Chancen für die Altstädte in strukturschwachen ländlichen Kommunen verbunden. Leerstehende Wohngebäude können wiederbelebt werden, Handwerk und Gewerbe können Fachkräfte und die Schulen neue Schüler gewinnen. Ob die Integration langfristig gelingt, hängt nicht allein von strukturellen Rahmenbedingungen, sondern auch von „Haltungen“ ab, die einzelne Personen oder Gruppen in Stadtgesellschaft, Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung gegenüber Zugewanderten einnehmen.

Im Rahmen des Forschungs-Praxis-Projekts „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“ hat das Difu am 7. und 8. Juni das erste Netzwerktreffen in Goslar durchgeführt. Im Mittelpunkt dieses Erfahrungsaustauschs von neun beteiligten Kommunen sowie weiteren Experten aus Praxis und Wissenschaft standen Überlegungen zur Verbesserung der Informationsgrundlagen über die zugewanderte Bevölkerung, zu Voraussetzungen einer gelingenden Koordination und Steuerung vor Ort, zur strategisch-konzeptionellen Verankerung von Integration in den Kommunen und Landkreisen sowie zu künftigen Handlungsbedarfen und -optionen.

In seiner Begrüßungsrede wies der Goslarer Oberbürgermeister Dr. Oliver Junk auf die Bedeutung von Zuwanderung für die Entwicklung der Innenstädte ländlicher Kommunen hin. Für die Integration von Geflüchteten böten kleinere Städte gute Voraussetzungen: Es stünde bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung, die erforderliche Infrastruktur sei vorhanden und der lokale Arbeitsmarkt benötige Fachkräfte. „Wenn die Altstädte künftig nicht nur historische Kulisse sein sollen, dann müssen wir uns heute um neue Bewohner kümmern, die die Altstädte mit Wohnen und Arbeit lebendig halten.“ Um dies zu fördern, müssen die lokale Wirtschaft und die privaten Wohnungseigentümer noch enger in Stadtentwicklungsprozesse eingebunden werden und mit der kommunalen Verwaltung zusammenarbeiten. Koordination und Vernetzung der unterschiedlichen Akteursgruppen spielen deshalb eine zentrale Rolle, erfordern aber gleichzeitig kommunale Ressourcen und qualifiziertes Personal.

Erste Eindrücke aus den Vor-Ort-Erhebungen des Difu lassen erkennen, dass die beteiligten Kommunen trotz ihrer Eigenarten einige Gemeinsamkeiten aufweisen. So fehlen belastbare Datengrundlagen über die zugewanderte Bevölkerung. Zudem sorgen unterschiedliche Zuständigkeiten zwischen Landkreisen und Städten für strukturelle Herausforderungen. Zwar wird die Integrationsarbeit in den meisten Kommunen durch ein breites Spektrum an Akteuren (Wohlfahrtsverbände, Vereine, religiöse Gemeinschaften) und ein hohes ehrenamtliches Engagement getragen. Doch mangelt es an konzeptionellen Grundlagen sowie einem strategischen Vorgehen, das zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft abgestimmt ist. Eine partizipativ ausgerichtete Stadtentwicklung einschließlich eines Austauschs zwischen Bewohnerschaft, Gewerbetreibenden und Immobilieneigentümern könnte neue Impulse für die Entwicklung der Stadtzentren und das Zusammenleben geben.

Erfahrungen aus Ravensburg und Schwäbisch Gmünd illustrierten, dass die Integration von Zugewanderten insbesondere dann gut gelingt, wenn langfristig wirkende Strukturen aufgebaut und die interkulturelle Öffnung der Verwaltung vorangebracht werden. Deutlich wurde: Integration muss als Querschnittsaufgabe begriffen und verankert werden. Dabei ist auf Bewährtem aufzubauen; Strukturen sind dynamisch weiterzuentwickeln.



Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Gudrun Kirchhoff
Telefon: 030/39001-192
E-Mail: kirchhoff@difu.de

Dr. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de

Informationen zum Projekt:

<https://vielfalt-in-stadt-und-land.de/>

Terminhinweis:

Nächstes projektinternes
Netzwerktreffen:
1./2. Dezember 2016,
Weißenfels

Historisches Zentrum
von Goslar

Foto: Wolf-Christian Strauss

Das Ringen um die Flüchtlings- und Integrationskosten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden

„Die Flüchtlingszuwanderung – Herausforderung für die Haushalte der Kommunen“ war Thema eines Seminars, das im März dieses Jahres am Deutschen Institut für Urbanistik stattfand. Die Problematik hat seitdem nicht an Relevanz verloren – im Gegenteil: Bund und Länder haben sich noch kurz vor der parlamentarischen Sommerpause auf weitere finanzielle Entlastungsmaßnahmen für die Kommunen verständigt.

Trotz der strukturellen Unterschiede innerhalb „der kommunalen Familie“ und den Unwägbarkeiten, die bis heute mit der administrativen Bewältigung der Zugewanderten verbunden sind, lassen sich aus Sicht des Deutschen Städtetages klare Ziele für die Kostenteilung zwischen den föderalen Ebenen formulieren. So dürften keine „Lösungen“ vereinbart werden, die zu Lasten sozial schwächerer Gesellschaftsgruppen und zu einer Verfestigung von Integrationsdefiziten beitragen. Zudem müsse vermieden werden, dass es zu Leistungseinschränkungen bei anderen kommunalen Leistungen komme und die fiskalische Handlungsfähigkeit von Landkreisen, Städten und Gemeinden (weiter) eingeschränkt werde. Im Interesse einer möglichst raschen, zielgenauen und transparenten Bereitstellung von Finanzmitteln für die Kommunen plädiert der Deutsche Städtetag deshalb für die Einführung einer neuen Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisung „Asyl“ im Finanzausgleichsgesetz, um so die zu erwartenden Ausgabenanstiege von Ländern und Kommunen bei den SGB-II-Leistungen zu kompensieren. Darüber hinaus sollte der Leistungskatalog des Bildungs- und Teilhabepakets erweitert werden, um so z.B. spezifische Integrationsbedarfe für Kinder und Jugendliche abzudecken. In Anlehnung an das SGB II sollte zudem die Kostenträgerschaft für die Gesundheitskosten von Zuwanderern ab dem 15. Aufenthaltsmonat geklärt werden.

Als Grundlage für die Teilung der Flüchtlingskosten zwischen den Ebenen diente bisher eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern vom 24. September 2015. Diese enthielt jedoch einige offene Punkte. So erstattet der Bund zwar den Ländern 670 Euro pro Monat und Flüchtling für die durchschnittlich vorgesehenen fünf Monate von

der Antragstellung bis zum Bescheid (plus einen Monat bei Ablehnung). Allerdings dauern die Verfahren zur förmlichen Registrierung und Prüfung von Asylanträgen im Durchschnitt deutlich länger. Entsprechend höher sind die Kosten, die die Kommunen tragen müssen. Zudem decken die Bund-Länder-Vereinbarungen – neben den Individualleistungen für Asylbewerber, die nach ihrer Anerkennung Anspruch auf Leistungen nach SGB II haben – allenfalls begrenzt die Mehraufwendungen ab, die den Kommunen durch den Einwohnerzuwachs z.B. in der Verwaltung, den Gesundheitsämtern, Ordnungsdiensten, Bürgerämtern, dem Quartiersmanagement sowie der Kinder- und Jugendhilfe etc. entstehen. Zudem dürften die vorgesehenen Erstattungen für die Kita-Betreuung, die im Rahmen des Asylgipfels bisher nur bis 2018 vorgesehen sind, sowie die zusätzlichen Mittel für den sozialen Wohnungsbau in Höhe von 500 Mio. Euro, nicht ausreichen. Auch die Frage des Familiennachzugs und der Integrationskosten ist bisher nur unzureichend geklärt gewesen.

Inzwischen haben sich Bund und Länder am 16. Juni und 7. Juli auf eine Regelung zur Teilung der Integrationskosten verständigt. Der Bund hat dabei zugesagt, für die Jahre 2016 bis 2018 die Kosten der Unterkunft (KdU) anerkannter Flüchtlinge zu übernehmen (rund 2,6 Mrd. Euro). Außerdem gewährt er für den gleichen Zeitraum eine Integrationspauschale in Höhe von zwei Mrd. Euro pro Jahr. Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau werden für die Jahre 2017 und 2018 um zusätzlich 500 Mio. Euro erhöht. Zudem wird die Spitzabrechnung für die Versorgung der Asylsuchenden vorgezogen und nicht erst Ende 2016 vorgenommen. Die Kostenerstattung der zugesagten Pro-Kopf-Beträge je Flüchtling erfolgt damit früher. Weitere Nachjustierungen sind allerdings absehbar. Denn die Verteilung der Mittel auf die Länder gemäß Königsteiner Schlüssel deckt nicht die tatsächlichen Kosten der Kommunen.

Ein weiteres Problem der nun gefundenen Kostenerstattung besteht im gewählten Transferkanal: Die Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Kommunen begünstigt die eher finanzstarken Städte und Gemeinden.

Weitere Informationen:

Dr. Henrik Scheller
Telefon: 030/39001-295
E-Mail: scheller@difu.de



Kinderschutz wirkt!

Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes

Am 30. und 31. Mai 2016 veranstaltete die Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe, AGFJ, mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die Fachtagung „Praxistest erfolgreich bestanden? Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes“ im Auditorium Friedrichstraße in Berlin.

Das Bundeskinderschutzgesetz ist 2012 mit dem Ziel in Kraft getreten, umfassende Verbesserungen im Kinderschutz in Deutschland zu erreichen und die Zusammenarbeit aller Akteure zu stärken. Die Bundesregierung war verpflichtet, dem Deutschen Bundestag bis zum 31. Dezember 2015 einen Bericht über die Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes vorzulegen. Anliegen dieser Tagung war es, zentrale Evaluationsergebnisse öffentlich vorzustellen und diese gemeinsam – im Dialog von Bund und kommunaler Praxis – zu diskutieren. Am zweiten Tag wurden vor allem weiterer Handlungsbedarf im Kinderschutz sowie Konsequenzen und Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe diskutiert. Die bevorstehende Reform des SGB VIII rückte dabei in den Fokus der Betrachtungen.

Kinderschutz wirkt

Bettina Bundszus, Leiterin der Abteilung Kinder und Jugend, BMFSFJ, eröffnete die Tagung mit den Worten, dass jedes Kind ein Recht darauf habe, mit seinen Eigenarten, seiner Individualität und seinen Veranlagungen gesehen und bestmöglich begleitet, geschützt und gefördert zu werden. Sie dankte den anwesenden Fachkräften, dass diese dafür in ihrer täglichen Arbeit vor Ort Verantwortung übernehmen. Die Ergebnisse der Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes zeigten, dass viele gute Entwicklungen angestoßen und die öffentliche Debatte gefördert worden sei. Als grundsätzliches Evaluationsergebnis des Bundeskinderschutzgesetzes lasse sich festhalten: „Der Kinderschutz in Deutschland ist wirksam!“ Es gebe aber auch Verbesserungsbedarf. Dieser würde in die Reform des SGB VIII mit eingebracht werden, welche das Ziel verfolge, Kinder und Jugendliche insgesamt zu stärken.

Ergebnis-„Highlights“

Angela Maria Lögering, Stellvertretende Leiterin des Referats Rechtsfragen der Kinder- und Jugendhilfe im BMFSFJ, und ihre Kollegin Bettina Zötsch, Referentin im Referat Rechts-

fragen der Kinder- und Jugendhilfe, stellten zu Beginn der Tagung die Ergebnis-„Highlights“ der Evaluation vor. Sie erläuterten darüber hinaus, welcher weitere Handlungs- und Regelungsbedarf sich aus der Evaluation ergebe, und betonten, dass der Zeitpunkt der Tagung angesichts der großen Reform, an der das Bundesministerium derzeit mit Hochdruck arbeite, optimal gewählt sei. Wichtige Rückmeldungen und Impulse, die während der Veranstaltung gewonnen werden, könnten so noch für die Arbeit am Referentenentwurf zur Reform des SGB VIII genutzt werden.

Gesetzgeberische Konsequenzen aus der Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes

Dr. Heike Schmid-Obkirchner, Leiterin des Referats Rechtsfragen der Kinder- und Jugendhilfe im BMFSFJ, stellte zum Ende der Tagung die Eckpunkte der geplanten Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes unter der Überschrift „Vom Kind aus denken! Kinder und Jugendliche stärken.“ vor und bezog sich dabei insbesondere auf die Bereiche „Inklusive Lösung“ und „Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung“. Hierzu wird es zwei Gesetze geben, die zu unterschiedlichen Zeiten in Kraft treten. Dr. Schmid-Obkirchner kündigte an, dass der Referentenentwurf zeitnah der Fachöffentlichkeit präsentiert wird. Die Teilnehmenden an dieser Tagung nutzten die exklusive Möglichkeit, ihre Fragen und Anmerkungen zu den Eckpunkten der Reform intensiv mit Dr. Schmid-Obkirchner zu diskutieren. Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner, Freie Universität Berlin, moderierte diese spannungreiche Debatte zwischen Ministerium und kommunaler Praxis.

Von allen mit großer Spannung erwartet wird nun die öffentliche fachpolitische Diskussion, wenn der Referentenentwurf vorliegt. Als gewinnbringende Fortsetzung der auf dieser Tagung begonnenen Debatte plant die AGFJ eine weitere gemeinsame Fachtagung mit dem BMFSFJ, die am 28. und 29.11.2016 stattfinden wird. Die Veranstaltung soll Bund und kommunaler Praxis Raum geben, die geplante Reform des SGB VIII im Dialog miteinander öffentlich zu diskutieren.



Bettina Bundszus, Leiterin der Abteilung Kinder und Jugend im BMFSFJ



Bruno Pfeifle, Leiter des Jugendamtes a.D., Landeshauptstadt Stuttgart, Beiratsvorsitzender AGFJ und Moderator der Tagung, Angela Maria Lögering, Stellvertretende Leiterin des Referats Rechtsfragen der Kinder- und Jugendhilfe im BMFSFJ



Dr. Heike Schmid-Obkirchner, Leiterin des Referats Rechtsfragen der Kinder- und Jugendhilfe im BMFSFJ

Fotos: Jessica Schneider

Weitere Informationen:

Jessica Schneider, M.Sc.
Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)
Telefon: 030/39001-140
E-Mail: jschneider@difu.de

Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@difu.de

Vom Parkdruck zu mehr Lebensqualität?!

Neue Entwicklungen im Parkraummanagement

Parkende Autos stehen im öffentlichen Raum in Nutzungskonkurrenz zu Grün- und Aufenthaltsflächen, Sichtachsen, Querungsmöglichkeiten und den Ansprüchen von Fußgängern, Lieferverkehr, ÖPNV und Radverkehr. Bewohner, Beschäftigte, Gewerbe und Besucher konkurrieren um vorhandene Parkplätze und Kraftfahrzeuge blockieren Gehwege, Radwege und Busspuren.

Parkraummanagement bietet den Kommunen die Möglichkeit, die Flächennutzung im öffentlichen Raum zu steuern. Insbesondere die Parkraumbewirtschaftung ist aber ein konfliktbeladenes und zum Teil auch in der politischen Auseinandersetzung überstrapaziertes Dauerthema, bei dem die sachliche Argumentation häufig zu kurz kommt. Im Seminar am 13. und 14. Juni 2016 in Berlin, welches an die Forschungstradition zum Thema Parken im Difu anknüpft, wurden die Instrumente einer kommunalen Parkraumpolitik vorgestellt und diskutiert: Prof. Dr.-Ing. Hartmut Topp erinnerte in seinem Eröffnungsvortrag zu Parkraummanagement und öffentlichem Raum daran, dass für Autofahrer und Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel mit der gleichen zumutbaren Wegelänge zu Parkplätzen und Haltestellen geplant werden sollte (Äquidistanz).

Der erste Seminartag war Trainingstag des EU-Projekts PUSH & PULL. Vorgestellt wurden der auch auf Deutsch veröffentlichte Argumentationsleitfaden „16 gute Gründe für Parkraummanagement“, sowie Grundlagen der Parkraumbewirtschaftung und der „Finanzierungsmechanismus“ von PUSH & PULL. Internationale Beispiele zeigen, wie die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung zweckgebunden der Förderung des Umweltverbundes zugutekommen. In den Vorträgen wurde deutlich, dass Parkraummanagement hilft, historische Städte vor dem „Tsunami“ parkender Autos und der negativen Folgen zu schützen und somit die Lebensqualität im öffentlichen Raum zu erhöhen.

In den Arbeitsgruppen am ersten Tag wurde u.a. festgestellt, dass den kommunalen Angestellten zur Unterstützung ihrer Argumentation Marketing-Kenntnisse vermittelt werden sollten, dass einige Städte mit Innovationen auf anderen Gebieten das Thema Parkraummanagement umgehen und dass derzeitige Regelungen zum Bewohnerparken viel zu preiswert sind, weil nur die Verwaltungsgebühr erhoben werden kann.

Am zweiten Seminartag wurden konkrete Umsetzungsbeispiele zum Parkraummanagement aus Stuttgart, Erfurt und Zürich vorgestellt. Auch hier war die unterschiedliche Handhabung des „Bewohnerparkens“ mit Preisen von max. 30,70 Euro pro Jahr und Fahrzeug in Deutschland und 300 Franken pro Monat in Zürich ein zentrales Thema. In diesem Zusammenhang ist der Präsidiumsbeschluss des Deutschen Städtetages vom November 2015 erwähnenswert, der sich für eine angemessene Berücksichtigung des wirtschaftlichen Werts von Bewohnerparkausweisen bei der Gebührenbemessung ausspricht: „Der Städtetag begrüßt einen Vorschlag der Länderfinanzminister zur Anpassung der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr hinsichtlich der Entscheidung über einen Parkausweis für Bewohner (Gebührennummer 265), soweit der Rahmen eine Untergrenze von 20 Euro und eine Obergrenze von 200 Euro pro Jahr nicht überschreitet. Gleichzeitig spricht sich der Städtetag bei der Bemessung für eine Kapazitätsgrenze in Höhe von 20 Prozent der marktüblichen Miete eines privaten Pkw-Stellplatzes im Bewohnerparkgebiet aus“.

In den Arbeitsgruppen tauschten sich die Seminarteilnehmer über Hemmnisse und Treiber einer erfolgreichen Umsetzung von Parkraummanagementmaßnahmen aus: Während sich der Einzelhandel und die lokale Politik vielfach (medial) als Umsetzungsgegner positionieren, gibt es viele Akteure, die – je nach Situation vor Ort – teils Befürworter, teilweise aber auch Gegner sind: Bewohner bzw. Bürgerinitiativen, Wohnungsbau-Gesellschaften, Ortsbeiräte. Die Treiber wie kommunale Verwaltungen, gute Konzepte und Pläne scheitern oft an mangelnden personellen und finanziellen Ressourcen und politischem Mut.



Stadtverkehr der Zukunft

Neue Entwicklungen, innovative Mobilitätsleistungen und deren Relevanz für die städtische Planung

Der Verkehr in der Stadt ist starken Wandlungen unterworfen. Megatrends, wie z.B. der demographische Wandel und die Reurbanisierung, „Hypes“ wie das „Internet der Dinge“ und fast täglich neu erscheinende Mobilitäts-Apps beeinflussen vor dem Hintergrund von Digitalisierung und fahrzeugtechnologischen Entwicklungen wie Elektromobilität und automatisiertem Fahren Nachfrage und Angebot im Stadtverkehr. Das Difu widmete sich am 23. und 24.5.2016 in einem Seminar den vielfältigen Fragen des „Stadtverkehrs der Zukunft“. Die Teilnehmer diskutierten dabei die Trends und Herausforderungen für Städte und Verkehrsunternehmen. Im Mittelpunkt standen neue Entwicklungen und innovative Mobilitätsdienstleistungen, deren Relevanz für die städtische Planung sowie die daraus entstehenden Nutzungsansprüche im öffentlichen Raum.

Einige Veränderungen zeichnen sich heute schon deutlich ab, andere sind in ihrer disruptiven Wirkung derzeit noch nicht abzuschätzen. Es gibt jedoch Hinweise, dass Stadtbewohner von morgen multimodaler unterwegs und weniger an ein eigenes Auto gebunden sein werden als das heute der Fall ist. Vorwiegend in großen Städten entstehen neue Carsharing-Angebote: „Klassisch“ stationsgebundene oder „free-floating“-Systeme werden mit anderen Verkehrsangeboten vernetzt. Neue Wohnbaugruppen in Innenstadtlage verzichten bewusst auf Parkplätze und beachten bei der Standortwahl die Nähe zu ÖPNV-Angeboten. Einen „Boom“ erleben auch öffentliche Fahrradverleihsysteme. Insgesamt scheint sich der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend der vielfältigeren Nutzung multimodaler Mobilitätsangebote (von der privaten Mitnahme zum Carsharing, vom Bikesharing zur handygestützten Parkplatzreservierung) zu verfestigen.

Vorangetrieben werden diese Entwicklungen vor allem durch neue IKT-basierte Dienste (Mobilitätsplattformen, Mobilitäts-Apps, etc.) bei gleichzeitig steigender Verbreitung von mobilen Endgeräten wie Smartphones und Tablets. Hier zeigt sich ein deutlicher Wandel bei den Nutzungsgewohnheiten: Mobilität wird spontan und situativ über das Handy organisiert und gebucht; die jederzeitige und verlässliche Verfügbarkeit von Verkehrsdiensten erlaubt ein komfortables „Nutzen statt

Besitzen“. Der Wandel von Arbeitsrhythmen und Lebensstilen fördert diese Entwicklung.

Die veränderte Nachfrage und die neuen Mobilitätsdienstleistungen verändern die Akteursstruktur nachhaltig. (Öffentliche) Verkehrsunternehmen müssen sich neuen Akteuren bzw. Mitbewerbern wie Mitfahrzentralen (z.B. BlaBlaCar), Plattformen für Taxisammelfahrten (z.B. HUBCAB) oder Fahrten-Vermittlern (z.B. UBER, Wundercar) stellen. Das birgt sowohl Herausforderungen, aber auch Chancen für die klassischen Verkehrsunternehmen, die sie jedoch auch nutzen müssen. Will der ÖPNV weiterhin Rückgrat des städtischen Verkehrs sein – und dies wurde von allen Teilnehmern ausdrücklich gewünscht – so sollten sich Angebote der ÖPNV-Unternehmen an neue Dienste anpassen bzw. diese im Sinne einer „vernetzten Mobilität“ integrieren. So können Synergien im Sinne einer umfassenden und effizienten Mobilitätssicherung genutzt werden.

Stark angetrieben wurden die Diskussionen von dem aktuell noch jungen Diskurs um das automatisierte Auto. Auch wenn derzeit noch nicht absehbar ist, dass automatisierte Fahrzeuge in den kommenden Jahren das Bild deutscher Innenstädte prägen werden – vielfältige Fragen hinsichtlich der Organisation des Verkehrs sowie der Gestaltung städtischer Verkehrssysteme sind heute schon sichtbar.

Nach Berechnungen des Fraunhofer IAO könnten automatisierte Fahrzeuge in Verbindung mit Carsharing-Angeboten mit autonomen Fahrzeugen die benötigte Autoflotte bei gleichbleibender Verkehrsnachfrage stark reduzieren, weniger Flächenverbrauch könnte die Folge sein. Einige Fahrzeugkonzerne begreifen diese Entwicklung als Startschuss, um sich als künftige Mobilitätsdienstleister aufzustellen und sich auf einen schrumpfenden Fahrzeugmarkt einzustellen. Diese Entwicklung wird auch durch die Verschärfung von Umweltbestimmungen vorangetrieben. So ist die „Verbannung des Verbrenners“ in Stadträumen absehbar. In Paris können ab 2020 keine Dieselfahrzeuge mehr ins Zentrum einfahren und Oslo will ab 2025 keine fossilen Autos mehr zulassen. Pessimistischere Stimmen vermuten hingegen mehr Verkehr durch eine Vielzahl von Leerfahrten.



Weitere Informationen:
Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt
Telefon: 030/39001-252
E-Mail: arndt@difu.de



Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

Öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen kommunalrelevanten Themen

Weitere Informationen:

Details zu den Einzelthemen und Referenten sind auf der Difu-Website zu finden. Bitte nutzen Sie für Ihre Anmeldung das Online-Eingabefenster der jeweiligen Veranstaltung: <https://difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge>

Katrin Adam
(Anmeldung/Verteiler)
Telefon: 030/39001-215
E-Mail: adam@difu.de

Sylvia Koenig (Organisation)
Telefon: 030/39001-258
E-Mail: koenig@difu.de

Sybille Wenke-Thiem
(Pressekontakte)
Telefon: 030/39001-209
wenke-thiem@difu.de

Die öffentliche vom Difu angebotene Vortrags- und Dialogreihe widmet sich stets aktuellen kommunalrelevanten Themen. Je nach Themenschwerpunkt setzt sich der Teilnehmerkreis aus Politik, Bundes- und Landesverwaltungen, Bezirksämtern, Stadtverwaltungen, Medien sowie anderen öffentlichen und privaten Einrichtungen unterschiedlich zusammen. Nach der Themenpräsentation startet der offene Diskurs. Anschließend besteht die Möglichkeit, die Gespräche in lockerer Atmosphäre an Stehtischen fortzusetzen.

Die in Berlin stattfindende Veranstaltungsserie ist öffentlich und der Eintritt frei. Die Difu-Dialoge beginnen in der Regel um 17 Uhr. Eine Anmeldung ist aufgrund begrenzter Raumkapazitäten erforderlich. Die Platzvergabe erfolgt nach Eingang der Anmeldungen und wird per Mail bestätigt, jeweils einige Tage vor der Veranstaltung.

12. Oktober 2016

Fahrradpolitik erfolgreich umsetzen: Beispiele und Anregungen

16. November 2016

Die New Urban Agenda und Berlin. Alter Wein in neuen Schläuchen?

7. Dezember 2016

Die Zukunft der Wärmeversorgung in Berlin. Umbau notwendig – aber wie?

18. Januar 2017

Digitalisierung und Industrie 4.0 – Chancen für die Standortentwicklung und Stadtentwicklungsplanung?

15. Februar 2017

Städtische Dichte: Urbanitätsversprechen oder Stressfaktor?

15. März 2017

Klimaschutz: Lohnt das Engagement oder verursacht es nur Mehrarbeit und Kosten?



Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“

Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks übergibt die Preise auf der 9. Kommunalen Klimakonferenz

Die Bekanntgabe und Auszeichnung der Gewinnerkommunen des Bundeswettbewerbs „Klimaaktive Kommune“ findet im Rahmen der 9. Kommunalen Klimakonferenz statt. „Schnittstellen erkennen – Synergien nutzen“ lautet das Motto der diesjährigen Konferenz, zu der das Bundesumweltministerium und das Difu am 28. und 29. November nach Berlin ins dbb forum berlin einladen. Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Inhaltlich geht es um Schnittstellen und Synergien von Klimaschutz und Klimaanpassung sowohl innerhalb der Kommunalverwaltung als auch darüber hinausgehend. Dazu bietet das Konferenzprogramm spannende Fachdiskussionen, zu denen Videotrailer Kommunalvertretern und Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft die passenden Stichworte liefern. Im Fokus stehen Klimaschutz und Klimaanpassung in Zusammen-

hang mit den Themen Mobilität, Urbanes Grün und Siedlungsentwicklung. Beleuchtet werden Aspekte von Lärm, Mobilitätsverhalten, Urban Gardening, Biodiversität, Baukultur und Nachverdichtung. Wo ergeben sich Synergien zwischen den Themen? Welche Bereiche verfolgen gegenläufige Interessen? Warum werden die Themen in einigen Kommunalverwaltungen noch immer isoliert betrachtet? Zusätzlich vertiefen verschiedene Fachforen diese Themen und laden die Teilnehmenden dazu ein, sich und ihre Erfahrungen in Workshops einzubringen.

225.000 Euro für erfolgreichen Klimaschutz

Ein besonderes Event am ersten Konferenztag ist die Preisverleihung zum Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2016“, zu der die Bundesumweltministerin persönlich erwartet wird.

Weitere Informationen:

Anna Hogrewe-Fuchs
Telefon: 0221/340308-16
E-Mail: hogrewe-fuchs@difu.de

Anmeldungen und Infos zur Konferenz:

www.klimaschutz.de/klimakonferenz2016

Infos zum Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“
www.klimaschutz.de/wettbewerb2016

Fokus Ostdeutschland: Klimaschutz als Herausforderung

Faktoren für den Erfolg vor Ort

Ob knappe Haushaltskassen, Personalengpässe oder Gemeinde- und Kreisgebietsreformen mit wechselnden Zuständigkeiten in der Verwaltung: Neben Herausforderungen wie diesen lassen Themen wie hohe Arbeitslosigkeit, unsichere Wirtschaftslage und demographischer Wandel den Klimaschutz in ostdeutschen Kommunen noch allzu oft in der Hintergrund treten.

Im Osten noch deutlich mehr Förderung möglich

Das merkt auch das Team des Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) bei seiner Arbeit. Zwar wurde die Frequenz von Fach- und Informationsveranstaltungen in Städten und Gemeinden der neuen Bundesländer weiter erhöht und auch die Anzahl der Beratungsgespräche steht in einem angemessenen Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Und dennoch beantragen ostdeutsche Kommunen am Ende signifikant weniger Fördermittel, die das Bundesumweltministerium (BMUB) durch die Kommunalrichtlinie (KRL) zur Verfügung stellt: Vergleicht man die abgerufenen KRL-Fördermittel pro 100.000 Einwohner, belegen die ostdeutschen Bundesländer unter den Flächenstaaten die hinteren Plätze.

Kommunale Akteure für den Klimaschutz gewinnen

Mit Blick auf die nationalen Klimaschutzziele hat das BMUB den Auftrag des SK:KK zum 1. Juli 2016 erweitert: Fortan unterstützt das SK:KK Städte, Gemeinden und Landkreise mit einem noch umfangreicheren Informations- und Veranstaltungsportfolio. Das Ziel: Kommunale Akteure von konkreten Vorteilen des Klimaschutzes überzeugen und zum Handeln bewegen. Insbesondere Kommunen – nicht nur in Ostdeutschland –, die bislang im Klimaschutz noch nicht oder wenig aktiv sind, sollen so in den kommenden Jahren erreicht werden und von der Förderung im Rahmen der KRL profitieren.

Vernetzung kommunaler Entscheidungsträger in Uebigau-Wahrenbrück

Wie wichtig die Vernetzung kommunaler Klimaschutzakteure auf Entscheidungsebene ist, zeigte sich auch bei einem vom SK:KK veranstalteten Arbeitstreffen mit dem Titel „Klimaschutz in Bildungseinrichtungen“.

Im brandenburgischen Uebigau-Wahrenbrück tauschten sich zahlreiche kommunale Entscheidungsträger zu Herangehensweisen und Erfolgsmodellen aus. Das Fachpersonal aus Verwaltung und Praxis aus Brandenburg zeigte dabei vor allem eines: großes Interesse, den Klimaschutz stärker in der Region zu verankern.

Klimaschutz erlebbar machen

Andreas Claus, Bürgermeister von Uebigau-Wahrenbrück, hält es dabei für entscheidend, systemisch vorzugehen und stets die Verstärkung der Projekte im Blick zu haben, um nachhaltige Erfolge beim Klimaschutz zu erreichen. Die hängen zudem zu einem großen Teil davon ab, wie das Thema für jeden Einzelnen erfahrbar gemacht wird, etwa durch Aktionstage vor Ort. Wichtig für die Kommunen ist es, Klimaschutz nicht isoliert zu betrachten, sondern ihn mit anderen relevanten Themen wie Bildung, Gesundheit oder Mobilität zu verknüpfen. Nicht zuletzt beweist die Gemeinde Uebigau-Wahrenbrück selbst, dass eine geringe Einwohnerzahl kein Argument gegen Engagement im Klimaschutz ist: Obwohl die Stadt nur 5.500 Einwohner hat, beschäftigt sie seit diesem Jahr ihren eigenen Klimaschutzmanager.

Klimaschutz als Zukunftsaufgabe – Imagegewinn inklusive

Auf dem Weg zu mehr Klimaschutz hielten es die Teilnehmenden der Veranstaltung in Uebigau-Wahrenbrück für entscheidend, alle relevanten Akteure aus Wirtschaft und Politik am Prozess zu beteiligen. Dazu gehört, die Vorteile des Aktionsfelds Klimaschutz besser herauszustellen, denn in Zeiten knapper Kassen reicht „Der Umwelt zuliebe“ als Argument kaum mehr aus. Relevanter sind da Einspar- und Haushaltsentlastungsmöglichkeiten, die Klimaschutz mit sich bringt. Zudem können kommunale Klimaschutzprogramme regionale Wertschöpfungsketten stärken und das Image einer Kommune positiv gestalten. Gerade für ostdeutsche Kommunen sind die Chancen sehr gut: Sie können regional zum Vorreiter im Klimaschutz werden – eine Zukunftsaufgabe, bei der sie das SK:KK mit Expertise und Praxisnähe begleitet.

SERVICE &
KOMPETENZ
ZENTRUM



Erfahrungsaustausch
in Uebigau-Wahrenbrück
Foto: Taina Niederwipper

Weitere Informationen:

Taina Niederwipper, M.A.
Telefon: 030/39001-172
E-Mail:
niederwipper@difu.de

Dipl.-Geogr.
Oliver Reif-Dietzel
Telefon: 030/ 39001-177
E-Mail: reif-dietzel@difu.de

[www.klimaschutz.de/
kommunen](http://www.klimaschutz.de/kommunen)

Difu-Intern: Neubeginn



Luise Adrian
Foto: Annette Koroll



Anja Hintze
Foto: privat



Sandra Lindner
Foto: Difu



Taina Niederwipper
Foto: Matthias Steinbrecher



Oliver Reif-Dietzel
Foto: David Ausserhofer

Seit Ende Juni verstärkt **Luise Adrian** den Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales. Die Diplom-Geographin hat vielfältige Erfahrungen in Kommunikationsprozessen zu Stadtentwicklungsthemen. Bereits in den Jahren 2000 bis 2002 war sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Difu im Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen beschäftigt, wo sie ihre Erfahrungen aus gutachterlichen Tätigkeiten für private Büros zu den Themen Einzelhandel, Zentrenentwicklung, Verkehr ins Difu einbrachte. Zuletzt arbeitete sie 15 Jahre selbstständig und begleitete zahlreiche kooperative Prozesse, vor allem für das Land Berlin. Zudem arbeitete sie in diversen Forschungsprojekten in unterschiedlichen Themenfeldern der Stadtentwicklung, u.a. zu Aspekten der Innenentwicklung.

Anja Hintze arbeitet seit Juni als Assistenz im Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales. Als studierte Germanistin und Medienwissenschaftlerin war sie zuvor als Assistentin bei der CGE (Continental Glass Engineering GmbH) in Hamburg tätig. Im Difu wird sie u.a. das Projektteam beim Wissenschaftlichen Begleitungs-, Vernetzungs- und Transfervorhaben zur BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ (KomKomIn) verstärken.

Sandra Lindner ist seit Mai als wissenschaftliche Mitarbeiterin für E-Learning im Arbeitsbereich Mobilität beschäftigt. Sie löst in dieser Funktion Anett Hübner ab. Sandra Lindner ist Kommunikationswissenschaftlerin und Anglistin und studierte an der FU Berlin und an der Victoria University of Manchester, England. Sie war zuletzt als Projektleiterin für E-Learning und Online-Projekte bei der digital spirit GmbH in Berlin beschäftigt, dort mit dem Schwerpunkt Compliance und Instructional Design. Sie beschäftigt sich in der Fahrradakademie mit der Bereitstellung und Weiterentwicklung des Online-Angebots. Zu ihren Aufgaben gehören die Konzeption und Produktion von E-Learning-Kursen zu Radverkehrsthemen sowie die Durchführung von Webinaren.

Taina Niederwipper ist seit Juni als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Standort Berlin tätig. Im „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)“ verstärkt sie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, vor allem im Bereich Internet und Social Media. Sie studierte Internationales Informationsmanagement, Politik und Geschichte (M.A.) in Hildesheim, Nikosia und Kansas City. Bereits während ihres Studiums sammelte sie praktische Erfahrungen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation und Veranstaltungsorganisation, u.a. im Bundespresseamt und der Deutschen Botschaft Washington DC. Nach ihrem Abschluss war sie im Marketing einer internationalen Wirtschaftsrechtskanzlei sowie in einer Agentur für Markenkommunikation tätig.

Oliver Reif-Dietzel arbeitet seit April als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Umwelt am Difu-Standort Berlin. Er studierte Geographie, Skandinavistik und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Greifswald und der Stockholms universitet (SU). In seiner Diplomarbeit beschäftigte er sich mit den Potenzialen der automobilen Elektromobilität in peripheren Räumen. Im Anschluss war Reif-Dietzel als Klimaschutzbeauftragter für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald tätig. Am Difu wird er das „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)“ verstärken. Seine inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen nachhaltige Mobilität, Energieeffizienz und umweltfreundliche Beschaffung.

Björn Weber ist seit Juli als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Umwelt am Difu-Standort Köln tätig. Die Schwerpunkte seiner Arbeit liegen in den Themenfeldern Anpassung an den Klimawandel, Klimaschutz und Energie in Städten. Er absolvierte den Studiengang Geographie in Göttingen und Los Angeles. Vor seiner Tätigkeit am Difu war er als Ressort- und Projektleiter in einem Planungs- und Beratungsunternehmen und als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Climate Service Center Germany tätig. Dort leitete er Projekte zum kommunalen Klimaschutz und zum Energiemanagement sowie zur regionalen und lokalen Anpassung an den Klimawandel.



Björn Weber
Foto: Cornelia Rösler

Auswahl neuer Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet

Online-Publikationen, Seminardokus, Vorträge

Veröffentlichungen

Difu-Berichte Heft 3+4/2016

www.difu.de/publikationen/difu-berichte-aktuell

Beteiligungsverfahren Rathausforum Berlin

www.difu.de/10752

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung 1/2016

www.difu.de/10730

Neuartige Wasserinfrastrukturen – Optionen für Unternehmensstrategien und Innovation

www.difu.de/10632

Transformationsrisiken bearbeiten: Umsetzung differenzierter Wasserinfrastruktursysteme durch Kooperation

<https://difu.de/10539>

Flüchtlinge und Asylsuchende – Aktuelle kommunale Fachliteratur

Update vom 1.3.2016
www.difu.de/10448

KfW-Kommunalpanel 2016

www.difu.de/10684

7. Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“

www.difu.de/10662

Integration von Stadtplanung und ÖPNV für lebenswerte Städte

www.difu.de/10645

eBooks

(Weitere Infos zu dem neuen Difu-Angebot siehe Seite 11)

Städtebauliche Verträge – ein Handbuch

<http://bit.ly/2cHeO52>

Mehr Gesundheit im Quartier – Prävention und Gesundheitsförderung in der Stadtteilentwicklung

<http://bit.ly/2cXfOUj>

Sicherheit in der Stadt: Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen

<http://bit.ly/2ctgP3i>

Infrastruktur und Stadtentwicklung: Technische und soziale Infrastrukturen – Herausforderungen und Handlungsoptionen für Infrastruktur- und Stadtplanung

<http://bit.ly/2claVV3>

Difu-eBook-Shop:

www.difu.ciando-shop.com/

Veranstaltungsdokumentationen

Sicherung, Qualifizierung und Entwicklung von Wirtschaftsflächen

www.difu.de/10705

Urbanes Grün und Innenentwicklung – Trends, Konzepte und Instrumente

www.difu.de/10702

Jahrestreffen 2016 der Difu-Zuwenderstädte und -verbände (Virtuelle Tagungsmappe)

www.difu.de/10709

Einzelhandel und Stadtentwicklung: Herausforderungen und rechtliche Rahmenbedingungen

www.difu.de/10656

Erfahrungsaustausch Beteiligungskultur: Bürgerbeteiligung – ein Weg zu mehr oder weniger direkter Demokratie?

www.difu.de/10701

Vom Parkdruck zu mehr Lebensqualität?! Neue Entwicklungen und Ansätze im Parkraummanagement

www.difu.de/10655

Vorträge

Zusammenhalt stärken – Teilhabe ermöglichen

Von Wolf-Christian Strauss
www.difu.de/10776

Wirtschafts- und Standortfaktor Radverkehr

Von Tilman Bracher, Martina Hertel und Tobias Klein
www.difu.de/10725

Berlin Vision 2050

Von Busso Grabow
www.difu.de/10712



Infos im Difu-Extranet

Im Difu-Extranet sind Vorträge, Seminardokumentationen und -berichte, Veröffentlichungen und viele weitere kommunalbezogene Informationen zu finden. Über die Difu-Homepage gelangen Zuwender an diese exklusiven Informationen über die Rubriken „Publikationen“ bzw. „Extranet“.

Ausschließlich Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwenderstädten bzw. -Verbänden haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet: www.difu.de/extranet/

Übersicht der Difu-Zuwender: <http://www.difu.de/institut/zuwender>

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de



Foto: Doris Reichel

Difu aktiv – Auswahl

Dr. Wulf-Holger Arndt hielt am 9.5. auf der GIZ-Veranstaltung „Tour of South African Officials in Germany. Public Transport Governance“ in Berlin einen Vortrag zum deutschen Planungssystem im ÖPNV.

Dr. Elke Becker referierte am 28.4. in Helsinki im Rahmen der „Finish Urban Study days 2016“ zu „Activism of Civil Society in Berlin“. Am 21.6. nahm sie an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Zivilgesellschaftliches Engagement in der Flüchtlingsarbeit“ im Rahmen einer Tagung der Stiftung Mitarbeit teil und referierte am 30.6. bei der „Wood summit conference“ in Virserum, Schweden, über „Particular Challenges of Small and Medium-sized Communities in Shrinking areas in Germany“.

Dr. Stephanie Bock und **Dr. Darla Nickel** moderierten am 14.6. in Weimar den IBA-Workshop „Regionale und regenerative Stoffstromkreisläufe durch Abwasserversorgung“.

Prof. Dr. Arno Bunzel hielt am 27.6. die Keynote im Rahmen des diesjährigen Immobilitätstages der IB-Bank Berlin unter dem Titel „Berlin wächst – Chancen und Risiken für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung“.

Tilman Bracher übernahm am 20.5. in Leipzig auf dem 10. Internationalen Transport Forum der OECD Keynote und Moderation des Tagungsblocks „Cycling as a part of sustainable mobility.“ Am 14.6. wurde Bracher in Freiburg als ordentliches Mitglied in den Arbeitsausschuss „Grundsatzfragen der Verkehrsplanung“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrsplanung aufgenommen.

Gudrun Kirchhoff referierte am 24.6. im Rahmen einer Veranstaltung der Hessischen Staatskanzlei über die Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum.

Martina Hertel moderierte mit **Anne Klein-Hitpaß** am 3.6. bei der von der Heinrich-Böll-Stiftung veranstalteten Konferenz „Grüne Mobilität für Berlin“ zum Thema „Auto, S-Bahn, Pedelec – Wie kann man Pendlerverkehr in der wachsenden Stadt steuern?“.

Dr. Jens Libbe hielt am 2.6. in Berlin auf dem German Habitat Forum eine Keynote zum Thema „Integrated Urban Planning – Between Concepts and Urban Planning“. Am 8.6. nahm er anlässlich der Woche der Umwelt des vdi in Berlin an der Podiumsdiskus-

sion „Stadt der Zukunft – Eine Herausforderung für Ingenieure“ teil.

Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden hielt am 5.4. in Wien in einem Workshop zur Zentrenentwicklung der Stadt den Vortrag „Rechtliche Sicherungsinstrumente – Die Situation in der Bundesrepublik Deutschland“. Am 25.4. referierte er beim DStGB zu „Online-Handel – Trend oder Hype?“ und nahm am 26.4. in Magdeburg an der Podiumsdiskussion der Stadt Magdeburg „Auf dem Weg zur Kulturhauptstadt Europas, Visionen für Magdeburg“ teil. Am 8.6. beteiligte sich Martin zur Nedden in Berlin im Rahmen der Woche der Umwelt an der Podiumsdiskussion der DBU „Urbanisierung: Wie sehen nachhaltige urbane Lebensräume aus?“.

Dr. Darla Nickel hielt am 28.7. in Lyon auf der internationalen Konferenz „NOVATECH – moving towards an integrated and sustainable urban water management“ den Vortrag „Improving Decision-Making in Urban Stormwater Management: Strategies and stakeholder involvement in the KURAS project“.

Thomas Preuß hielt am 3.6. bei einer Konferenz der Stadt Krefeld den Vortrag „Kommunales Flächenmanagement – Vorgehensweisen, Instrumente und Werkzeuge“. Am 8.6. referierte er in Gelsenkirchen auf der vom Umweltministerium NRW durchgeführten Veranstaltung „Masterplan Umwelt und Gesundheit NRW“ zu „Umweltgerechtigkeit“.

Robert Riechel trug am 30.6. auf der Konferenz „(De)zentrale Energiewende – Wirklichkeiten, Widersprüche und Visionen“ des Leibniz-Forschungsverbundes Energiewende im Wissenschaftszentrum Berlin zum Thema „Zwischen Gebäude und Gesamtstadt: Das Quartier als Handlungsraum in der lokalen Wärmewende“ vor.

Cornelia Rösler moderierte am 8.6. in Gelsenkirchen im Rahmen der Veranstaltung „Masterplan Umwelt und Gesundheit NRW“ des Umweltministeriums NRW ein Forum zu kommunalen Zusammenarbeitsstrukturen.

Judith Utz referierte am 22.4. in Leipzig auf der Umweltamtsleiterkonferenz zu aktuellen Entwicklungen im kommunalen Klimaschutz.

Luise Willen hielt am 12.5. im Deutschen Architekturmuseum Frankfurt/Main beim „Achten Runden Tisch Städte für Menschen“ einen Vortrag zu Klimawandel und Klimaanpassung.

Mediennachlese – Auswahl

[...] Die Keupstraße in Köln ist kein Einzelfall, wie eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik zeigt. Es hat durchaus positive Auswirkung auf Stadtentwicklung und Integration, wenn Menschen mit Migrationshintergrund Immobilien erwerben, um sie selber zu nutzen. „Das gilt insbesondere für benachteiligte Quartiere“, erklärt Dr. Bettina Reimann vom Difu in der Studie „Wohneigentum als Chance für Stadtentwicklung und Integration“. **Das Haus, 9/16**

Acht Modellregionen gibt es in Deutschland, eine davon ist das südliche Nordfriesland, [...] das die Bürger-Breitband-Netzgesellschaft (BBNG) mit einem Glasfasernetz versorgen will. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hat das Gebiet ausgewählt, da dort unter anderem das Glasfasernetz, das Internet der Zukunft, mit Bürgerbeteiligung installiert werden soll. 80.000 Euro fließen aus der Bundeskasse in die Region [...] Dr. Holger Floeting vom Institut für Urbanistik ergänzt, dass das Modell im Rahmen der Daseinsvorsorge bestehe, erschließe sich nicht immer auf den ersten Blick, doch würden Glasfaserleitungen und damit das schnelle Netz letztendlich auch dafür sorgen, dass die Menschen auch im hohen Alter länger in ihren Häusern wohnen könnten. Denn immer mehr digitale Dienste würden angeboten. [...] **Husumer Nachrichten, 6.7.2016**

[...] Wie berichtet, möchte Verkehrsdezernentin Katrin Eder (Grüne) mit den Piktogrammen auf der Straße, die es Radfahrern freistellen, ob sie auf dem Radweg oder der Fahrbahn fahren, das Unfallrisiko minimieren. Denn – so ihre These – entgegen der langjährigen Annahme würden Radfahrer sicherer auf normalen Straßen als auf Radwegen fahren. Die Mainzer Radfahrbeauftragte Franziska Voigt stärkt Eder den Rücken: „Aus der Analyse des Deutschen Instituts für Urbanistik über „Unfallrisiken beim Radfahren“ geht hervor, dass etwa 60 Prozent der Radverkehrsunfälle beim Ab- und Einbiegen geschehen sind, weil die Radfahrer übersehen wurden. [...]“ **Wiesbadener Kurier, 5.7.2016**

Das „OB-Barometer“ des Deutschen Instituts für Urbanistik ist eine jährlich durchgeführte Befragung der (Ober-)Bürgermeister der deutschen Städte ab 50.000 Einwohner/innen. Sie hat zum Ziel, anhand von vier Fragen frühzeitig Veränderungen in diversen kommunalen Handlungsfeldern sichtbar werden zu lassen. Auch in diesem Jahr wird die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen

von den Stadtspitzen großer deutscher Städte als primäres Handlungsfeld und gleichzeitig größte Herausforderung für die nächsten Jahre gesehen. Die Themen „Finanzen“, „Wohnen“ und „Digitalisierung“ rücken weiter in den Vordergrund, andere – wie der demografische Wandel – fallen im Themenranking im Vergleich zu 2015 zurück. [...] **Innovative Verwaltung, 7–8/2016**

Rüsselsheim ist nicht alleine mit den Herausforderungen, die die Stadtpolitik und Gesellschaft beschäftigen. Im „OB-Barometer“ befragt das Deutsche Institut für Urbanistik jährlich die (Ober-)Bürgermeister von Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern. Unterstützt wird die Umfrage vom Deutschen Städte- und Gemeindebund und vom Deutschen Städtetag. **Rüsselsheimer Echo, 30.6.2016** <http://bit.ly/2d2HvXt>

[...] Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden, Geschäftsführer und wissenschaftlicher Direktor des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), lobt die prämierten Beiträge: „Mit dem Fokus auf „innovativ“ war ein hoher Anspruch verbunden, den die Kommunen in ausgezeichneter Art und Weise erfüllt haben. Es ist ermutigend zu sehen, mit welcher Bandbreite an Projekten und Maßnahmen Kommunen sich innovativ und kreativ in der Suchtprävention engagieren. Besonders freut mich, dass immer mehr und neue Partner für die suchtpreventiven Aktivitäten gewonnen werden können. Die so wichtige Vernetzung in der suchtpreventiven Arbeit auf der kommunalen Ebene schreitet sichtbar voran.“ **MEDIZIN ASPEKTE, 23.6.2016**

Umzug in eine neue Stadt: Gestern fremd, morgen Nachbar. In Zeiten des Internets ist das kein Problem. Gleich mehrere Nachbarschaftsnetzwerke treten an, die Anonymität zu durchbrechen. Das ist schwerer als gedacht. Beitrag von Kristina Pezzeri in der **Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 19.6.2016**, <http://bit.ly/29vQ1kA>

Der wahrgenommene Investitionsrückstand ist im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr nach Angaben der Kommunen von 132 auf 136 Milliarden Euro angewachsen. Die Investitionstätigkeit blieb damit laut dem vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) für die KfW erstellten „KfW-Kommunalpanel 2016“ hinter den Erwartungen zurück. Für die meisten Kommunen waren die Finanzierungsbedingungen gut. Zudem erwirtschafteten sie in der Summe einen Finanzierungs-



Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Deutschen Instituts für Urbanistik

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 15, 10969 Berlin

Redaktion

Marius Bensley (Praktikant)
Luisa Müller (studentische Mitarbeiterin)
Cornelia Schmidt (Red.-Assist.)
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Elke Postler

Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: vertrieb@difu.de
Telefon: 030/39001-253

Redaktionskontakt und Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Difu online:

<http://www.difu.de>
<https://www.facebook.com/difu.de>

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 41/vierteljährlich
Stand: 14. September 2016

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund des wenigen verfügbaren Platzes verzichten wir darauf, männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

AZ Druck und Datentechnik GmbH, Berlin. Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle. Belegexemplar/-Link/-PDF an die Difu-Pressestelle erbeten: presse@difu.de oder per Post, s.o.

überschuss in Höhe von 3,1 Milliarden Euro. Allerdings wachsen die Unterschiede zwischen finanzstarken und -schwachen Kommunen hinsichtlich Haushaltsausgleich, Verschuldung und Investitionen weiter. [...]

Kommunalpolitische Blätter online, 27.6.2016

Es ist mächtig Druck auf den Kessel. Glaubt man den Experten während der Diskussion am Montagabend im Gewerkschaftshaus, dann werden die hohen Mieten das Wohnen in der Stadt nachhaltig verändern und nicht so schnell sinken. [...] „Dass besonders kleine Wohnungen nachgefragt werden, ist ein ganz klarer Trend“, meinte auch Ricarda Pätzold vom Deutschen Institut für Urbanistik. In den Metropolen zeige sich bereits, dass bezahlbarer Wohnraum der ist, der sich am Bedarf misst: „Wer will für ein Gästezimmer zahlen, das leer steht?“ **Braunschweiger Zeitung, 15.6.2016**

Integration von Flüchtlingen in Deutschland: Verordnete Landleibe. Wie viele Dörfer spürt Iden in Sachsen-Anhalt den demografischen Wandel. Seit einigen Monaten hat es rund zehn Prozent mehr Einwohner – Flüchtlinge aus Syrien. Doch trotz des grossen Engagements der Bewohner wollen die Neuen wieder weg. Interview mit Gudrun Kirchhoff **Neuen Zürcher Zeitung, 14.6.2016**
<http://bit.ly/2cLi0e2>

„[...] Das individuelle Auto wird ein Auslaufmodell sein. Das Fahrrad wird da eine immer wichtigere Rolle spielen, denn es ist Teil der künftigen Multimodalität: Die Menschen, die es sich leisten können, wählen je nach Lebensphase, Gelegenheit und Umständen, ob sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln, als Mitfahrer oder Fahrer im Auto oder mit dem Fahrrad fahren. [...]“ Interview in den **Nürnberger Nachrichten mit Tilman Bracher, 11.6.2016 (Interview: Martina Hildebrand)**

[...] Allerdings [...] sind große Sportveranstaltungen für jeden vierten Bundesbürger wichtig für das Ansehen einer Stadt. Sie glaube dennoch nicht an einen Imageschaden für Hamburg, sagt Ricarda Pätzold, Stadt- und Regionalplanerin am Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin. Es komme zwar immer auf den Umgang mit Pleiten wie dem Olympia-Aus an, aber Sport sei nur ein Baustein in der Außendarstellung einer Stadt. Im Idealfall lasse sich über Sport wie beim FC St. Pauli „ein Lebensgefühl“ vermitteln. „Wenn das gelingt, transportiert das mehr. Dann hat es mit Identität und Einbindung zu tun. Aber das passiert eher weniger geplant. [...]“ **Lübecker Nachrichten, 29.5.2016**

„Bei den Menschen wächst die Sorge, sie könnten Opfer von Kriminellen werden. Viele rufen nach dem Staat, der Straßen und Plätze besser überwachen soll. Dabei gibt es andere Möglichkeiten, die Sicherheit in den Städten zu erhöhen. Auch die Bürger könnten dafür etwas tun. [...] Polizei allein kann nicht für mehr Sicherheit sorgen“, meint auch Holger Floeting, Wissenschaftler am Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin. Sicherheit sei zwar im Grundsatz eine staatliche Aufgabe, allerdings spielten „städtische Akteure“ durch die schleichende Verlagerung von Aufgaben, die früher von der Polizei wahrgenommen worden seien, eine immer wichtigere Rolle für die urbane Sicherheit. [...]“ **Süddeutsche Zeitung, 27.5.2016** <http://bit.ly/2cppmVF>

[...] Das Deutsche Institut für Urbanistik in Berlin hatte Ende 2015 ortsansässige Unternehmen befragt, wie sie die Standortbedingungen sowie die Qualität der angebotenen Serviceleistungen der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung Göttingen (GWG) und der Kommune bewerten. Ziel ist, die Angebote auf die Bedarfe auszurichten. „Als Gesamtergebnis der Befragung zeichnet sich ein positives Bild vom Wirtschafts-, Wohn- und Lebensstandort Göttingen ab. Die Mehrheit der Unternehmen in Göttingen plant keine Standortwechsel oder Betriebsverlagerungen“, so Detlef Landua vom Difu. **Göttinger Tageblatt, 24.5.2016**

[...] Ein weiterer Schwerpunkt der Ausschussberatungen ((DStGB-Ausschuss für Städtebau und Umwelt)) bildete die Frage nach den Auswirkungen des Online-Handels auf Städte und Gemeinden. [...] Professor Martin zur Nedden, Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) gab hierzu einen kompetenten Überblick und wies darauf hin, dass das Difu im Juni 2016 Studienergebnisse zu den räumlichen Auswirkungen des Online-Handels auf Städte und Gemeinden veröffentlichen wird. [...] **Stadt und Gemeinde interaktiv, 5/2016**

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) unterstützt die Kommunen beim Thema Flüchtlinge/Asylsuchende/Integration. Dazu wurden bereits Forschungsprojekte gestartet, Seminare und Fachtagungen konzipiert, um Wissen zu vermitteln und den Erfahrungsaustausch unter den Kommunen zu unterstützen, Publikationen herausgegeben und fachspezifische Informationsdienste entwickelt. Weitere Aktivitäten werden folgen und auf der Internetseite des Difu ergänzt.

WirKommunalen, 1/16

Rechnungsadresse:

Versandkostenpauschale: innerhalb Deutschlands bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

 **eBook-Shop: <http://difu.ciando-shop.com>**

Aufnahme in „Difu-News“ (Rundmail mit Infos zu Publikationen, Veranstaltungen etc., kostenfrei, ca. alle 4 Wochen).

Difu-Impulse

Expl. Vom Energiebeauftragten zum Energiemanagement eBook im eBook-Shop: 16,99 Euro
Dokumentation des 20. Deutschen Fachkongresses für kommunales Energiemanagement am 27./28. April 2015 in Hannover
Cornelia Rösler (Hrsg.) Bd. 3/2016. 186 S., Schutzgebühr 20,- Euro, ISBN 978-3-88118-570-7

Expl. Wege zu nachhaltiger Mobilität
Ergebnisse aus transnationaler Forschung unter der „Era-net Transport“-Initiative „Stepping Stones“
Jürgen Gies und Uta Bauer (Hrsg.)
Bd. 2/2016. 200 S., Schutzgebühr 20,- Euro
ISBN 978-3-88118-569-1

Expl. Elektromobilität: im Spannungsfeld technologischer Innovation, kommunaler Planung und gesellschaftlicher Akzeptanz eBook im eBook-Shop: 14,99 Euro
Nadine Appelhans, Jürgen Gies, Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.)
Bd. 1/2016. 138 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-544-8

Expl. Umweltverträglicher Wirtschaftsverkehr in Städten. Wer und was bringt's wirklich?
Dokumentation der Fachtagung „kommunal mobil“
W.-H. Arndt (Hrsg.) eBook im eBook-Shop: 16,99 Euro
Bd. 6/2015. 160 S., Schutzgebühr 20,- Euro
ISBN 978-3-88118-548-6

Expl. Nutzung von oberflächennaher Geothermie im urbanen Raum
Maic Verbücheln (Hrsg.)
Bd. 5/2015. 98 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-547-9

Expl. Funktion und Gestaltung von Haupt(verkehrs-)straßen mit Schwerpunkt Innenstadt
Von Wulf-Holger Arndt, Bd. 3/2015. 98 S., Schutzgebühr 15,- Euro, ISBN 978-3-88118-546-2
eBook im eBook-Shop: 12,99 Euro

Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe

Expl. Flüchtlingsfamilien im Schatten der Hilfe? NEU
Geflüchtete minderjährige Kinder und Jugendliche und ihre Familien in Deutschland
AGFJ im Difu (Hrsg.)
2016. Bd. 104. 232 S., 19,- Euro
ISBN 978-3-88118-560-8

Expl. Systemsprenger verhindern
Wie werden die Schwierigen zu den Schwierigsten?
AGFJ im Difu (Hrsg.)
2016. Bd. 103. 214 S., 19,- Euro, ISBN 978-3-88118-559-2

Difu-Papers (für Difu-Zuwender auch als PDF)

Expl. Kommunale Wohnraumförderung in Deutschland – eine Momentaufnahme NEU
Von F. Frölich von Bodelschwingh und R. Pätzold
2016. 20 S., Schutzgebühr 5,- Euro (in Vorbereitung)

Expl. Kommunale Unternehmen in Deutschland als Erfahrungsträger und Kooperationspartner für Kommunen in Schwellen- und Entwicklungsländern – eine Bestandsaufnahme NEU
Von Stefanie Hanke
2016. 28 S., Schutzgebühr 5,- Euro

Stadt der Zukunft – Tendenzen, Potenziale und Visionen PDF
Von Marco Peters, Jan Walter und Lara Falkenberg
2016. 28 S., nur als kostenloser Download verfügbar:
<http://bit.ly/2ddgCU6>

Expl. Integration von Stadtplanung und ÖPNV für lebenswerte Städte
Von Jürgen Gies u.a.
2016. 28 S., Schutzgebühr 5,- Euro

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

Expl. Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung NEU
Von Thomas Franke u.a.
2016. Bd. 15. Ca. 300 S., vierfarbig, zahlreiche Abb., Ca. 39,- Euro (in Vorbereitung, erscheint ca. Oktober)
ISBN 978-3-88118-483-0

Expl. Sicherheit in der Stadt
Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen
Holger Floeting (Hrsg.) eBook im eBook-Shop: 33,99 Euro
2015. Bd. 14. 392 S., zahlreiche Abbildungen
39,- Euro, ISBN 978-3-88118-534-9

Expl. Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden
Von Jens Libbe unter Mitarbeit von Klaus J. Beckmann
2014. Bd. 13. 212 S., 29,- Euro, ISBN 978-3-88118-529-5

Expl. Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch
Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage. Mit Berücks. der BauGB-Novelle 2013 eBook im eBook-Shop: 33,99 Euro
Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt
2013. Bd. 12. 466 S., 39,- Euro, ISBN 978-3-88118-508-0

Expl. Nicht weniger unterwegs – sondern intelligenter?
Neue Mobilitätskonzepte
Klaus J. Beckmann und Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.)
2013. Bd. 11. 320 S., zahlreiche Abbildungen
39,- Euro, ISBN 978-3-88118-521-9

Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Versandkostenpauschale: innerhalb Deutschlands bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.eBook-Shop: <http://difu.ciando-shop.com>

Aufnahme in „Difu-News“ (Rundmail mit Infos zu Publikationen, Veranstaltungen etc., kostenfrei, ca. alle 4 Wochen).

Zeitschriften**Expl. Städtisches Erbe – Urban Heritage**Informationen zur modernen Stadtgeschichte
IMS, Halbjahresschrift, Heft 1/2016, 168 S.,
Einzelheft 12,- Euro, Jahresabo (zwei Hefte) 19,- Euro**Expl. Stadt und Jugendkulturen**Informationen zur modernen Stadtgeschichte
IMS, Halbjahresschrift, Heft 2/2015
176 S., Einzelheft 12,- Euro,
Jahresabo (zwei Hefte) 19,- Euro**Difu-Arbeitshilfen****Expl. Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune**4., völlig neu bearbeitete Auflage
Von Martin Zilkens
2014. 208 S., inklusive Checklisten und Muster, 30,- Euro
ISBN 978-3-88118-536-3**Expl. Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch**3. Auflage unter Berücksichtigung des
Innenentwicklungsgesetzes 2013
A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz, M.-L. Wallraven-Lindl
2013. 172 S., zahlreiche Satzungsmuster, 29,- Euro
ISBN 978-3-88118-526-4**Expl. Das Bebauungsplanverfahren****nach dem BauGB 2007** eBook im eBook-Shop: 29,99 Euro
Muster, Tipps und Hinweise
Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz, Monika Geiß
2011. 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35,- Euro
ISBN 978-3-88118-498-4**Expl. Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch**A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz
2010. 188 S., 30,- Euro, ISBN 978-3-88118-486-1**Sonderveröffentlichungen** (teilweise auch/nur als Download)**Expl. Jahresbericht 2015**PDF Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2016. 112 S.
www.difu.de/publikationen/jahresberichte.html**Expl. Pendeln mit Rückenwind**NEU PDF Ein Praxisleitfaden zu Pedelecs & Co. für Kommunen,
Unternehmen und private Haushalte
Von Martina Hertel u.a., Hrsg. Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung und Umwelt
2016. 40 S. (in Vorbereitung)
www.difu.de/publikationen

NEU

PDF

Doppelte Innenentwicklung – Perspektiven für das urbane Grün. Empfehlungen für KommunenBundesamt für Naturschutz (Hrsg.), Difu u.a. (Bearb.)
2016. Ca. 48 S. (in Vorbereitung)

NEU

PDF

Parkraumbewirtschaftung – Nutzen und EffekteMinisterium für Verkehr Baden Württemberg (Hrsg.),
Difu (Bearb.), 2016. Ca. 32 S. (in Vorbereitung)
Bestellung der Printversion nur hier:
<http://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/publikationen>

NEU

PDF

KfW-Kommunalpanel 2016Von Henrik Scheller und Stefan Schneider, KfW Banken-
gruppe (Hrsg.)
2016. 74 S., kostenloser Download:
<http://bit.ly/2cy8EAK>

NEU

PDF

OB-Barometer 2016Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2016. 4 S., kostenloser Download: <https://difu.de/publikationen/2016/ob-barometer-2016.html>

NEU

PDF

Beteiligungsverfahren Rathausforum BerlinSchlussfolgerungen, übertragbare Ansätze und Fallstricke
Von Luise Adrian und Ricarda Pätzold
2016. 35 S., kostenloser Download: <http://bit.ly/2chAlx1>

NEU

PDF

7. Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“Innovative Suchtprävention vor Ort. September 2015 bis
Juni 2016. Dokumentation. Difu (Hrsg.)
im Auftrag der BZgA
2016. 128 S., Bestellung der Printversion nur hier:
E-Mail: order@bzga.de, Fax: 0221/8992-257
Bestellnr. 33962000, Download: <https://difu.de/node/10662>

NEU

PDF

Neuartige Wasserinfrastrukturen – Optionen für Unternehmensstrategien und InnovationVon Jan Hendrik Trapp und Jens Libbe
2016. 74 S., netWORKS-Paper Nr. 29, kostenloser
Download: www.difu.de/10632

NEU

PDF

Flüchtlinge und Asylsuchende – Aktuelle kommunale FachliteraturUpdate vom 1.3.2016, Susanne Plagemann (Bearb.)
2016. 83 S., kostenlos, www.difu.de/10448

PDF

Bundeswettbewerb „Gesund älter werden in der Kommune – bewegt und mobil“Mai 2015 bis April 2016. Dokumentation. Difu (Hrsg.)
gefördert von der BZgA, im Auftrag des BMG 2016.
126 S., Bestellung der Printversion nur hier: E-Mail:
order@bzga.de, Fax: 0221/8992-257, Bestellnr. 60582381,
Download: <https://difu.de/node/10577>